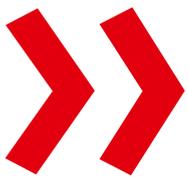


BESCHLUSSBUCH

ORDENTLICHER PARTEITAG DES SPD-UNTERBEZIRKS REGION HANNOVER

Samstag, 20. April 2024 | 10.00 bis 17.00 Uhr

Marie-Curie-Schule KGS Ronnenberg
Am Sportpark 1 in Ronnenberg-Empelde



**DEMOKRATIE BRAUCHT
DEMOKRAT:INNEN**



Antragsübersicht

Stand: 12. November 2024

MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION	6
ARBEITSPROGRAMM	7
AP 1 – Arbeitsprogramm 2.0	
Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei	7
Grafische Übersicht: Arbeitsprogramm 2022-24.....	10
LEITANTRAG (LA)	11
LA 1 – Demokratie braucht Demokrat:innen!	11
LA 2 – Europa auf Kurs halten Gute Arbeit, nachhaltige Entwicklung und faire Partnerschaft	14
ARBEIT (A)	18
A 1 – Tarifbindung jetzt!	18
A 2 – Für ein echtes Tariftreuegesetz und entsprechende Vergaberichtlinien in Niedersachsen und im Bund	19
A 3 – Wir stehen zum Streikrecht!	20
A 4 – Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst	21
BAUEN UND WOHNEN (BA)	22
BA 1 – Abschaffung der Zulässigkeit von Indexmieten.....	22
BA 2 – Antrag zur Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen	23
BA 3 – Antrag zum Mietestopp	24
BA 4 – Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen	25
BA 5 – Wohneigentumsquote erhöhen – Altersvorsorge stärken.....	26
BA 6 – Leerstand bekämpfen!	27
BILDUNG (BI)	28
BI 1 – Für ein Sondervermögen für die Bildung.....	28
BI 2 – Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung.....	29

BI 3 – Beteiligungsverfahren bei Kürzungen, Weiterentwicklung und baulichen Maßnahmen im Schulbiologiezentrum Hannover	30
BI 4 – Berufsschulen zu Kompetenzzentren Beruflicher Bildung weiterentwickeln	31
BI 5 – Digitale Lernmittelfreiheit für alle Schüler:innen in Niedersachsen durchsetzen	32
BI 6 – Erhöhung des Zusatzbedarfs für Ganztagsgrundschulen	33
BI 7 – Familienzentren: Orte der Bildung, der Prävention, der Begegnung und Beratung von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen.	34
BI 8 – Koordinierungsstelle Übergang	35
BI 9 – Angebot für neuzugewanderte schulpflichtige Jugendliche ohne Schulplatz	36
BI 10 – Stärkung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich auf Landes- und Bundesebene – gegen die Streichung von Finanzmitteln	37
BI 11 – Digitale Lernmittelfreiheit für Schüler:innen in Niedersachsens Schulen	38
BI 12 – Schule ist mehr als Unterricht – Schulsozialarbeit stärken!	39
DEMOKRATIE (D)	40
D 1 – Worte finden, rechten Demagog:innen entgegnen	40
D 2 – Keine Ausreden – Parität jetzt!	41
D 3 – Briefwahl 2.0: Die Zukunft des Wählens liegt im Umschlag	42
D 4 – Nachhaltige Förderung der Medienkompetenz	43
EUROPA (EU)	44
EU 1 – Einführung des Europatags als europäischer Feiertag	44
FINANZEN (F)	45
F 1 – Änderung des Sparerpauschbetrages	45
F 2 – Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren	46
F 3 – Angemessene Anpassung der Erbschafts- und Schenkungssteuer	48
F 4 – Abschaffung der Schuldenbremse	49
F 5 – Einführung eines Kindersoli für Milliardäre	50
F 6 – Einführung eines Kommunalsoli für Milliardäre	51
INNERES UND SICHERHEIT (IS)	52
IS 1 – Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen!	52

IS 2 – Erstattung der Kosten für Personenschutz im öffentlichen Bereich exponierter jüdischer Mitbürger:innen	54
IS 3 – Erhalt und weiterer Ausbau der Frauenhauslandschaft.....	55
KLIMASCHUTZ (KI)	56
KI 1 – Energiewende für alle I: Klimaneutraler Strom im Mehrfamilienhaus! – Einführung der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung	56
KI 2 – Energiewende für alle II: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen	57
KI 3 – Klimaschutz und Klimawirtschaft.....	58
KI 4 – Elektromobilität ausbauen – Ladesäuleninfrastrukturstrategie (LASIS) gestalten	59
KOMMUNALPOLITIK (K)	61
K 1 – Antrag auf kostenlose Fahrten für Schüler:innen auch unterhalb der 2 km-Grenze	61
K 2 – Mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der Region Hannover.....	62
K 3 – Eine Investition in unsere Zukunft – Änderung von § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG.....	63
K 4 – Mehr Freiheit für kommunale Vorkaufsrechte	64
K 5 – Grundsätzliches Rauchverbot im Erlebnis-Zoo Hannover	65
ORGANISATION (O)	66
O 1 – Gründung: Arbeitsgruppe gegen eine Etablierung der AfD im Umland	66
O 2 – Eigene Videoplattform ermöglichen – SPD gestaltet die Hybridformate	67
O 3 – Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen	68
O 4 – Mitgliederwerbung und Stärkung des Ehrenamts	69
O 5 – Jährliche Delegiertenwahlen für mehr innerparteiliche Demokratie	70
RESOLUTION (R)	72
R 1 – Bezahlbarer Wohnraum in der Region Hannover: Wir verbinden politische Ebenen und Initiativen für Lösungen vor Ort	72
R 2 – Leitlinien des SPD-Unterbezirks Region Hannover zu Umwelt und Klimaschutz	74
R 3 – Neugründung von Arbeitsgemeinschaften	78
R 4 – Migrationspakt“ beschlossen. Jetzt muss die EU einen „Pakt zur Bekämpfung der Fluchtursachen“ umsetzen	79

SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE (SÄ)	81
SÄ 1 – Verantwortung teilen: Doppelvorsitz für den Unterbezirksbeirat	81
SOZIALES (S)	82
S 1 – Beantragung der Förderanträge nach BuT effizienter machen.....	82
S 2 – Absicherung und Stärkung von spezialisierten Beratungsangeboten FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorders)	83
S 3 – Abschaffung 2-Klassen-Medizin bei Terminvergaben	84
S 4 – Freiwilliges Soziales Jahr in Politik in den Parteien ermöglichen.....	85
S 5 – Energiekostenausgleich für Rentner:innen.....	86
S 6 – Automatische Auszahlung von BuT-Leistungen.....	87
S 7 – Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit.....	88
VERKEHR (V)	89
V 1 – Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan	89
V 2 – Umgehendes Abschleppen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge („Schrottautos“) und Krafträder	90
V 3 – Stadtbahnlinie nach Garbsen Mitte	91
V 4 – Nahverkehr: Ringlinie für die äußeren Stadtteile der LHH	92
V 5 – Hochfrequentes autonomes Fahren in der Zukunft	93
ÄNDERUNGSANTRÄGE (Ä)	94
Ä 1 – Änderungsantrag zu AP-1: Arbeitsprogramm 2.0 Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei	94
Ä 2 – Änderungsantrag zu BA-6: Leerstand bekämpfen!	95
Ä 3 – Änderungsantrag zu IS-1: Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen!	96
Ä 4 – Änderungsantrag zu S-7: Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit	97
Ä 5 – Änderungsantrag zu V-1: Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan	139

MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION

Name	OV	Zuständigkeit
Boidol, Nina*	(Ronnenberg)	<i>Inneres und Sicherheit, Kommunalpolitik, Soziales</i>
Dzaack, Alexandra	(Vahrenwald-List)	<i>Organisation, Soziales</i>
Fischer, Klaus*	(Seelze)	
Flockemann, Roman	(Hannover-Südwest)	
Hendricks, Dr. Kirsten*	(Südstadt-Bult)	<i>Vorsitz, Leitantrag, Arbeitsprogramm, satzungsändernde Anträge</i>
Hermann, Niklas	(Vahrenwald-List)	<i>Arbeit</i>
Mewes, Patrick	(Laatzen)	<i>Finanzen</i>
Peisker, Niklas	(Burgdorf)	
Rödel, Bernd*	(Ki-Be-Wü)	<i>Inneres und Sicherheit, Verkehr</i>
Sadow, Michael	(Oststadt/Zoo)	<i>Demokratie</i>
Schmalstieg, Philipp*	(Linden-Limmer)	<i>Bauen und Wohnen</i>
Schlüter, Janina	(Oststadt/Zoo)	<i>Resolutionen</i>
Schmitz, Robert	(Misburg-Anderten)	<i>Klimaschutz</i>
Schünemann, Dennis Lee	(Hainholz-Vinnhorst)	<i>Europa</i>
Seide-Matthies, Petra*	(Neustadt a.Rb.)	<i>Bildung, Soziales</i>
Sommer, Klaus-Peter	(Neustadt a.Rb.)	

Nach dem Statut des Unterbezirks wählt der Unterbezirksvorstand* aus seinen Reihen sechs Mitglieder zur Antragskommission, der Beirat im Unterbezirk wählt zehn weitere Mitglieder aus dem Kreise der Delegierten.

ARBEITSPROGRAMM

AP 1 – Arbeitsprogramm 2.0

Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei

<u>Antragsteller:in</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Weiterleitung</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

1 In den zurückliegenden zwei Jahren hatte sich der Unterbezirksvorstand intensiv mit dem im April
2 2022 durch den ordentlichen Parteitag des Unterbezirks mit großer Mehrheit beschlossenen
3 Arbeitsprogramm befasst. Das Ziel des Programms war mit einer „starken Zukunft SPD Region
4 Hannover“ überschrieben. In drei Projektgruppen teilte sich die Umsetzung des
5 Arbeitsprogramms praktisch auf: Mitglieder des Unterbezirksvorstandes entwickelten seither
6 Maßnahmen und Ideen zu einer (1) *Entlastung und Unterstützung von Ortsvereinsvorständen*, (2)
7 für eine *Lebendige Partei* sowie zur (3) *Mitgliederbetreuung und -qualifizierung*. Ferner umfasste
8 das Papier die Ausgestaltung der 2022 geführten Landtagswahlkampagne in der Region
9 Hannover. Die grafische Übersicht in der Anlage fasst die wesentlichen Schritte zusammen (siehe
10 Anlage).

11 Zahlreiche inhaltlichen Maßnahmen haben wir in den zurückliegenden zwei Jahren auf den Weg
12 bringen können. Im November 2023 hatte der Unterbezirksvorstand erstmals ein umfassendes
13 und wegweisendes Rahmenkonzept „Qualifizierung, Führung und Verantwortung“ beschlossen.
14 Die Vorstands- und Beiratssitzungen im Unterbezirk führen wir seit rund einem Jahr mit Hilfe
15 hybrider Technik in Präsenz sowie digital durch. Ausgewählte Zielgruppen (Vorsitzende,
16 Kassierer:innen, Mitgliederbeauftragte, Fraktionsvorsitzende) vernetzen wir mit Hilfe von
17 geschlossenen Messenger-Gruppen (*Signal*). Wir kommunizieren seit etwa eineinhalb Jahren
18 kontinuierlich neben Facebook auch in Instagram und prüfen die Ausweitung auf weitere
19 Formate (Stichwort: TikTok). Hierzu bauen wir die Zuarbeit an Ortsvereine durch Sharepics und
20 Vorlagen weiter aus (Stichwort: *Canvaisierung*). Wir haben einen regionsweiten kostenfreien
21 Verleihservice aufgebaut und stellen nach dem Unterbezirksparteitag mit dem so genannten
22 „Schnellfinder“ für politisch Aktive zahlreiche SPD-Anwendungen, Muster und Vorlagen sowie
23 hilfreiche Erläuterungen auf den Internetseiten des Unterbezirks online. Hierzu zählt das Angebot
24 weiterer nützlicher Online-Anwendungen im OpenSource-Format (Terminabfragen, Kalender,
25 gemeinsame Dokumentenbearbeitung). Seit langer Zeit wieder führen wir unter der Überschrift
26 von „*Pizza und Politik*“ Abende für neue Mitglieder in der Region durch. Mit der Idee von „*Mein*
27 *Bild von Europa*“ stellen wir unseren Ortsvereinen zur Europawahl eine eigene regionsweite
28 Aktionskampagne zur Verfügung.

29 Die intensive Befassung mit dem Arbeitsprogramm hat sich bereits gelohnt. Einige Punkte harren
30 derweil der Umsetzung. Der Fokus eines zukünftigen Arbeitsprogramms verschiebt sich dabei
31 zusehends auf vor allem drei Herausforderungen: Die Organisationskraft der SPD hängt ganz
32 wesentlich – nicht zuletzt für die Ausstattung mit hauptamtlichem Personal – von der
33 Mitgliederstärke unserer Partei ab. Zweitens bedarf die Struktur unserer Partei vor Ort einer
34 gesteigerten Aufmerksamkeit. Welche – mitunter statuarisch vorgeschriebenen –
35 Organisationsformen können und wollen wir noch aufrechterhalten? Drittens stellt sich vielerorts
36 immer öfter die Frage nach der Kampagnenfähigkeit der SPD in der Region Hannover.

37 Vor diesem Hintergrund beauftragt der Parteitag des SPD-Unterbezirks Region Hannover den
38 Vorstand mit der Fortführung des 2022 beschlossenen Arbeitsprogramms bis Ende 2024
39 (Arbeitsprogramm 2.0). Wir gehen dabei von einem Parteiverständnis aus, dass sich der
40 Willensbildung nach von unten nach oben aufbaut, den Ortsvereinen ihre statuarische
41 Autonomie in politischen Fragen ausdrücklich zugesteht und abzielt auf die Erkenntnis, dass ein
42 Ganzes mehr bewirken kann als die Summe seiner Einzelteile. Die weitere Arbeit innerhalb der
43 Parteiorganisation an einem *Arbeitsprogramm 2.0* hat dabei unter den drei oben beschriebenen
44 Herausforderungen zu erfolgen:

- 45 1. Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, die Mitgliedergewinnung in Fortführung der
46 bundesweiten „Mission 30.000“ zu verstetigen und konkret in die Gliederungen zu tragen
47 und mit Hilfe von adaptierfähigen Vorlagen und Materialien zu operationalisieren. Den
48 Mitgliederbeauftragten in Unterbezirk und Ortsvereinen kommt hierbei eine wesentliche
49 Multiplikator:innen-Funktion zu. Neben der Betreuung bestehender Mitglieder sind
50 Maßnahmen vor allem auszurichten an der Ansprache, der Gewinnung und dem
51 langfristigen Verbleib neuer Mitglieder in die SPD.
- 52 2. Der Unterbezirksvorstand wird angehalten, ein passendes Format zu entwickeln, Ortsvereine
53 auf Wunsch zu beraten und zu begleiten, die eigenen Strukturen zu reflektieren und diese
54 zukunftsfest und nachhaltig resilient weiterzuentwickeln. Eine Variante kann die Idee eines
55 wertschätzenden Besuchs von Ortsvereinen durch den Unterbezirksvorstand bedeuten. Auf
56 diese Weise soll das Element des solidarischen, wechselseitigen Lernens gestärkt und gute
57 Erfahrungen für Dritte im Unterbezirk erfahrbar gemacht werden. Auch soll eine engere
58 Verknüpfung von Gliederungen forciert werden. In diesem Zuge soll die in 2022/23 erhobene
59 Umfrage unter Ortsvereinsvorsitzenden aufbereitet, mögliche Schlussfolgerungen daraus im
60 Rahmen eines Beirats breit diskutiert und konkrete Maßnahmen daraus im
61 Unterbezirksvorstand beschlossen werden.
- 62 3. Zur mittelfristigen Aufrechterhaltung der Kampagnenfähigkeit unserer Ortsvereine und dem
63 weiteren Heben solidarischer Synergieeffekte beauftragt der Parteitag den
64 Unterbezirksvorstand, im Anschluss an eine im November 2023 durchgeführte Klausur zu
65 einer „neuen Zusammenarbeit im Unterbezirk“ diese Arbeit fortzusetzen und unter
66 Beteiligung möglichst vieler Gliederungen sowie der Hauptamtlichkeit einen Katalog an
67 Dienstleistungen und politischer Unterstützung im Unterbezirk vorzulegen. Hierzu wird eine

68 Lenkungsgruppe eingerichtet, welche die Arbeit koordiniert und dem Vorstand regelmäßig
69 berichtet.

70 4. Über das Wahlprogramm zur Kommunalwahl und in Ergänzung der vielfältigen politischen
71 Arbeit der SPD-Regionsfraktion wird der Unterbezirksvorstand angehalten, im Anschluss an
72 den Parteitag zu einer Auftaktklausur einzuladen. Zielsetzung eines solchen Arbeitstreffens
73 sollte es sein, abseits von organisatorischen Fragestellungen weitere inhaltliche Impulse für
74 die Region zu entwickeln und zu vereinbaren. Auf diese Weise stärken wir das aktive Agenda-
75 Setting der SPD in der Region Hannover.

76 Das Arbeitsprogramm 2.0 folgt dabei der Zielsetzung, die Ausgangslage der SPD auf
77 organisatorischer und struktureller Ebene im Vorfeld der Kommunalwahlen 2026
78 weiterzuentwickeln. Der Unterbezirksvorstand berichtet den Ortsvereinen im Rahmen eines
79 Unterbezirksbeirats über den Fortgang des Arbeitsprogramms 2.0. Eine Konferenz der
80 Ortsvereinsvorsitzenden sorgt spätestens 2025, rund ein Jahr vor der Kommunalwahl, für eine
81 Rückkopplung an die Ortsvereine und ihre Vorstände.

Anlage:

Grafische Übersicht über das UB-Arbeitsprogramm 2022-24

Grafische Übersicht: Arbeitsprogramm 2022-24

2022			
2. Quartal	Landtagswahl Kampagne Erstellung eines Veranstaltungsformates inkl. Vorlagen für Pressemitteilung, Sharepics, Text für soziale Medien und Möglichkeit zur Sammelbestellung etwaigen Materials		Entlastung und Unterstützung Ortsvereinsvorstände Projektbeginn
3. Quartal	Bereitstellung der Inhalte und des Materials		Organigramm (Unterbezirk, Regionsfraktion, Region, Bezirk) (fortlaufende Aktualisierung)
4. Quartal	Landtagswahl	Lenbendige Partei Projektbeginn	Abfrage bei den OVs zur Nutzung von externen Angeboten - Fotos, Plakate hängen, Soziale Medien. Zusammenstellung für alle OVs im Unterbezirk. Zusammenstellung von politischen Inhalten für Übersichten Jahreshauptversammlungen - 3 Erfolge, 3 Ziele, 3 Formalien (Wahlen, Parteistruktur) - als Flyer und Text zum Kopieren auf die MV-Einladung.
2023			
1. Quartal	Mitgliederbetreuung und -qualifizierung Projektbeginn	Entbürokratisierung - einfache und transparente interne Kommunikationsstrukturen Beteiligungsangebote flexibilisieren	Zusammenstellung der vorhandenen Tools der Bundespartei (Corporate Design, Fotoplattform, Easymailer, Parteiwiki im Willy-Brandt-Haus...) Erstellung von leicht nutzbaren Vorlagen zu Corporate Design, beispw. als Powerpoint-Vorlage für Kacheln und Word-Vorlage für Anschreiben. (Eventuell Workshop-Angebot dazu)
2. Quartal	Ein Fragebogen zur Mitgliederwerbung - Mitgliederbetreuung	parallele Mitmachkanäle initiieren	OVV-Konferenz (Austausch zu ersten Ergebnissen, Best Practices aus Ortsvereinen und Herausforderungen).
3. Quartal	Einsetzen einer/-s Mitgliederkoordinator:in Konferenz zu ÖA / Mitgliederwerbung / -betreuung - jeder bringt ein Beispiel mit	Lebendige Partei Abschluss	Vorlagen zu Mustersatzung, Tagesordnung zu Mitgliederversammlungen, Delegiertenwahlen.
4. Quartal	Mitgliederbetreuung und -qualifizierung Abschluss	Vorbereitung Europawahl Erstellung und Verteilung Ablaufplan mit Orga-Paket für OVV's (Zeitplan, Vorlagen für Einladungen - Daten Fakten - Todos)	Entlastung und Unterstützung Ortsvereinsvorstände Zusammenstellung und Fertigstellung
2024			
		Frühjahr 2024 Europawahl	

LEITANTRAG (LA)

LA 1 – Demokratie braucht Demokrat:innen!

<u>Antragsteller:in</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme
<u>Status</u>	Angenommen

1 Die Sozialdemokratie ist das Bollwerk gegen rechts: In Europa, Deutschland, Niedersachsen und
2 gerade auch der Region Hannover. Unsere Geschichte ist unser Erbe, unser heutiges Handeln
3 unsere Verantwortung.

4 Zum 91. Mal jährte sich im vergangenen Monat die Abstimmung über das
5 „Ermächtigungsgesetz“. Unter Lebensgefahr haben sich unsere 94 Genoss:innen am 23. März
6 1933 gegenüber allen anderen Parlamentarier:innen abgegrenzt und das Versagen der
7 demokratischen Kräfte in Deutschland nicht geduldet. „Freiheit und Leben kann man uns
8 nehmen, die Ehre nicht“, sagte einst unser damaliger SPD-Fraktionsvorsitzender Otto Wels. Diese
9 einprägsame Mahnung gilt auch heute noch – gerade für uns Sozialdemokrat:innen, denn „nie
10 wieder ist jetzt“!

11 Demokratie zu fördern ist kein abstraktes Vorhaben, sondern ein konkretes, tägliches und
12 individuelles. Denn nur wenn es Demokrat:innen gibt, die unsere Demokratie stärken, verteidigen
13 und für diese einstehen, kann die Demokratie leben. Wir als SPD-Unterbezirk Region Hannover
14 möchten gemeinsam mit unseren Ortsvereinen und Fraktionen in den 21 Städten und Gemeinden
15 sowie unserer Regionsfraktion besondere Verantwortung in der heutigen Zeit übernehmen, die
16 durch multiple Krisen gekennzeichnet ist. Aus diesem Grund beschließt der Unterbezirksparteitag
17 eine Demokratieoffensive in der Region Hannover, die auf den folgenden fünf Säulen baut:

18 1. Mehr Prävention: Stärkung der Demokratiebildung im Kindergarten und der Schule

19 Bildungseinrichtungen sind zentrale Erfahrungsorte der Demokratie. Aus diesem Grund muss
20 Demokratie in diesen Einrichtungen mehr als bisher thematisiert werden. Kinder und
21 Schüler:innen sollen in ihrem Alltag in einer Kultur der Mitbestimmung aufwachsen und z.B.
22 durch Jugendbeteiligungsformate lernen, demokratische Verantwortung zu übernehmen. Somit
23 können Kinder und Jugendliche damit aufwachsen, zu verstehen, dass verschiedene Meinungen
24 eine Bereicherung sind und dass in einer demokratischen Gesellschaft verschiedene Meinungen
25 beachtet werden müssen. Vielfalt ist die Stärke der Demokratie! Gegenüber der Landesebene und
26 gemeinsam mit den regionsangehörigen Kommunen soll von hier eine Initiative ausgehen. Durch
27 die Einrichtung einer Beratungsstelle stärken wir Bildungseinrichtungen, antidemokratischen
28 Tendenzen möglichst frühzeitig entgegenzuwirken.

29 2. Mehr Demokratiebildung und -förderung: Stärkung der Angebote zur Politischen Bildung

30 Gerade im Bereich der sozialen Medien ist feststellbar, dass Verschwörungsmythen sehr schnell
31 verbreitet werden. Deshalb braucht es einen engagierten Einsatz gegen die Verbreitung von „Fake
32 News“. Ein besonderer Schlüssel muss hierbei der Förderung der Politischen Bildung für
33 erwachsene Einwohner:innen der Region Hannover sein. Aufklärungsarbeit, Präventions-
34 angebote und mehr wissenschaftliche Erkenntnisse über Formen der Online-Radikalisierung gilt
35 es entsprechend zu stärken! Hierzu fordern wir die SPD-Regionsfraktion auf, in enger
36 Abstimmung mit der SPD-Landtagsfraktion sowie dem zuständigen Niedersächsischen
37 Wissenschafts- und Kulturministerium eine Offensive für die politische Erwachsenenbildung in
38 der Region Hannover anzustoßen. Wir verknüpfen diese Maßnahmen eng mit den vorhandenen
39 Bildungsakteuren in der Region.

40 3. Mehr Öffentlichkeit für die wehrhafte Demokratie: Unterstützung von Demonstrationen,
41 regionalen Bündnissen und Beschlüssen

42 Die wehrhafte Demokratie ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, um
43 antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken und unser Bollwerk gegen Rechtsradikalismus
44 zu verteidigen. Es ist entscheidend, dass demokratische Kräfte zusammenarbeiten und sich
45 gemeinsam für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen. Die Demonstrationen in der
46 gesamten Region u.a. in der Landeshauptstadt Hannover für Zusammenhalt und Demokratie, in
47 Pattensen für eine weltoffene Gesellschaft oder in Sehnde etc. haben gezeigt, die Verteidigung
48 der Demokratie bewegt die Bürger:innen.

49 Die Entstehungen von neuen Bündnissen in unseren Kommunen in der Region Hannover spielen
50 dabei eine entscheidende Rolle, wie z.B. in Hemmingen mit dem Bündnis für Demokratie und
51 Weltoffenheit oder in Wedemark mit dem Bündnis für Vielfalt und lebendige Demokratie. Diese
52 Bündnisse bieten eine Plattform für den Austausch und die Zusammenarbeit verschiedener
53 Akteur:innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Vereine/Verbände. Gemeinsam können
54 sie Strategien entwickeln, um demokratische Werte zu stärken.

55 Wir als SPD in der Region Hannover unterstützen daher ausdrücklich die Gründung von
56 regionalen Bündnissen und rufen auch weiterhin zu Demonstrationen, Aktionen und Projekten
57 für die wehrhafte Demokratie auf.

58 Durch mehr Öffentlichkeit für die wehrhafte Demokratie können Bürger:innen sensibilisiert
59 werden und nur durch eine breite gesellschaftliche Mobilisierung können wir unsere
60 demokratischen Werte verteidigen. Durch überfraktionelle Beschlüsse wie beispielsweise eine
61 Resolution in Gehrden oder die Seelzener Erklärung gegen antidemokratische Tendenzen werden
62 starke kommunalpolitische Zeichen für die wehrhafte Demokratie gesetzt.

63 Wir als SPD in der Region Hannover unterstützen kommunalpolitische Resolutionen und
64 Erklärungen, um unsere Einwohner:innen zu sensibilisieren, zu informieren und aktiv unsere
65 demokratischen Werte zu verteidigen.

66 4. Mehr Schutz für Kommunalpolitiker:innen vor Anfeindungen und Hetze

67 Hass war noch nie und ist auch heute keine Alternative für Deutschland. Alle, denen unsere
68 Freiheit und unsere Demokratie in der Region Hannover am Herzen liegt, müssen diejenigen, die
69 ehrenamtlich für unsere Werte und Zukunft eintreten, schützen und ihre Stimmen erheben.
70 Unsere Kommunalpolitiker:innen brauchen mehr Schutz und Unterstützungsangebote bei
71 rechten Anfeindungen sowie Hass-Kommentaren in sozialen Netzwerken! Hierzu unterbreiten
72 wir unseren Mandatsträger:innen im Vorfeld der Kommunalwahl 2026 Fortbildungsangebote
73 und Sicherheitsschulungen und stimmen uns hierfür eng ab mit den Sicherheitsbehörden am Ort
74 sowie Expert:innen für die Online-Kommunikation.

75 5. BOS-Kräfte stärken zur Verteidigung unserer Demokratie

76 Die Wahrung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung kann nur im Schulterschluss
77 und mit großer Dankbarkeit gegenüber den Behörden und Organisationen mit
78 Sicherheitsaufgaben (BOS) für ihren unermüdlichen Einsatz gelingen. Der unermüdliche Einsatz
79 von Rettungs- und Hilfskräften beim jüngsten Hochwasser unterstreicht die Unverzichtbarkeit
80 der BOS-Kräfte. Sicherheit ist unerlässlich, damit wir alle Bürger:innen immer wieder neu
81 einbinden und mitnehmen können in einer freien Gesellschaft. Hierzu dankt die SPD in der Region
82 Hannover ausdrücklich allen Frauen und Männer von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften für
83 ihren täglichen Einsatz, der immer auch Demokratiewahrung und -verteidigung bedeutet. Diesen
84 Schulterschluss soll in den kommenden Monaten eine Sicherheitskonferenz der SPD in der Region
85 unterstreichen. Der Unterbezirksvorstand wird mit deren Umsetzung betraut. Zugleich
86 verurteilen wir jedwede Angriffe auf Angehörige der Rettungs- und Hilfskräfte sowie der Polizei.

87 Durch die Stärkung dieser fünf Säulen werden große Teile der 1,2 Millionen Menschen in der
88 Region Hannover adressiert. Es ist wichtig, mehr Sensibilität für die Demokratie zu erzielen, denn:
89 Demokratie braucht Demokrat:innen!

LA 2 – Europa auf Kurs halten

Gute Arbeit, nachhaltige Entwicklung und faire Partnerschaft

<u>Antragsteller:in</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Weiterleitung</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

1 Neun Wochen vor der Wahl zum Europäischen Parlament, der zweitgrößten demokratischen
2 Abstimmung weltweit, ruft die SPD in der Region Hannover alle Bürger:innen in der Region
3 zur Teilnahme an der Europawahl am 9. Juni auf. Insbesondere Jugendliche ab dem 16.
4 Lebensjahr ermuntert die Sozialdemokratie, auf europäischer Ebene von ihrem Wahlrecht
5 Gebrauch zu machen.

6 Bei der Europawahl geht es um die Sicherung unserer gesellschaftlichen Entwicklung in
7 Demokratie, Solidarität und Frieden. Die zentralen gesetzlichen Rahmensetzungen finden
8 heute im Europäischen Parlament statt. Für den zukünftigen Kurs der Europäischen Union
9 (EU) ist die Mehrheit im Europäischen Parlament entscheidend. Rechtspopulist:innen
10 machen mobil und wollen eine Kursänderung erzwingen. Für uns ist klar, dass wir nur *eine*
11 gute Perspektive in der EU haben. 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU ohne
12 Zölle, mit den gleichen Standards. Nur gemeinsam haben wir eine Chance gegenüber
13 Giganten wie den USA oder China zu bestehen und auch nur gemeinsam können wir große
14 Konzern wie Google, Amazon oder Microsoft an die gesetzgeberische Leine legen. Das
15 Beispiel Großbritannien (UK) zeigt die möglichen Konsequenzen eines „Dexit“ sehr deutlich.
16 Wir wollen das europäische Versöhnungswerk zur Überwindung von Krieg, Feindschaft und
17 Konkurrenz weiterführen und stehen gemeinsam überall gegen Versuche der Spaltung,
18 Nationalismus und Rassismus wieder gesellschaftsfähig zu machen.

19 Gute Arbeit

20 Die EU muss den Rahmen für zukunftsfeste Arbeitsplätze weiter ausbauen. Dazu brauchen
21 wir eine aktive und stetige Industriepolitik. Die Gesetzgebung zu Netto-Null-Emissionen-
22 Produkte und Produktion ist gerade in der entscheidenden Phase. Es geht beispielsweise um
23 die Erweiterung und Ergänzung der Technologieministerliste u.a. um Lade- und
24 Tankstelleninfrastruktur für E-Mobilität, Wasserstoff und alternative Kraftstoffe,
25 Technologien für hocheffiziente industrielle Verfahren und Elektrifizierung für energie- und
26 CO₂-intensive Industrien. Zentral sind dabei kürzere Fristen für die Verfahrensdauer: Neun
27 bzw. zwölf Monate und Genehmigungsfiktion im Falle des Ausbleibens einer Antwort

28 innerhalb der genannten Verfahrensfristen. Neu ist die Möglichkeit der Ausweisung von
29 sogenannten Netto-Null-Industrietälern oder besser Netto-Null-Industrie-Cluster zur
30 Effizienzsteigerung für alle beteiligten Akteur:innen. Bei all den Anstrengungen muss aber
31 sehr genau die Kriterien und Bedingungen für Aktivitäten im überwiegend öffentlichen
32 oder strategischem Interesse beachtet werden. Es darf nicht sein, dass hier Kostenfallen und
33 unsinnige Begrenzungen erzeugt werden. Mit dem Programm „Step“ soll die finanzielle
34 Unterstützung von Projekten in technologischen Schlüsselsektoren, die als strategisch
35 wichtig erachtet werden, gewährleistet werden. Dies soll mit der Umwidmung von Geldern
36 aus bestehenden EU-Programmen und -Fonds in Höhe von ca. 10 Milliarden Euro erreicht
37 werden mit möglicher Mobilisierung von Investitionen in Höhe von bis zu 160 Milliarden
38 Euro.

39 Wir sollten weiter prüfen, was wir bereits im Rahmen der bestehenden finanziellen
40 Möglichkeiten mehr und koordiniert tun können. Wir haben den Rahmen für staatliche
41 Beihilfen angepasst. Entscheidungen gilt es hier weiter zu beschleunigen. Es ist richtig,
42 zielgerichtet die Entwicklung und Modernisierung der industriellen Basis durch Beihilfen zu
43 stärken. So ist die jüngste Entscheidung der EU-Kommission, Fördermittel in Höhe von 902
44 Millionen Euro für den Bau der Batteriefabrik von Northvolt bei Heide zu bewilligen, zu
45 begrüßen. Diese Maßnahme ist die erste genehmigte Einzelbeihilfe im Kontext der
46 geänderten Beihilferegeln, die zielgerichtet zur Verhinderung der Verlagerung einer
47 Investition in ein Land außerhalb Europas eingesetzt werden können - also um den negativen
48 Effekt des „Inflation Reduction Acts“ der USA entgegenzuwirken.

49 Eine große Herausforderung bleiben die Energiepreise. Wir müssen die Energiepreise
50 deutlich in der energieintensiven Produktion auf ein wettbewerbsfähiges Niveau senken, um
51 Raum für die Übergangszeit zu gewinnen. Wir erkennen die Schritte für wettbewerbsfähige
52 Energiekosten durch das neue Strommarktdesign an. Zur langfristigen Erhaltung der
53 Wettbewerbsfähigkeit müssen die Energiekosten weiter im Übergang gesenkt werden.

54 Wir begrüßen das Ziel, 80 Prozent Tarifbindung in der neuen EU-Mindestlohnrichtlinie von
55 2022 für alle. Danach werden alle Mitgliedstaaten, in denen weniger als 80 Prozent der
56 Beschäftigten tarifgebunden sind, verpflichtet, Maßnahmen zur Förderung von
57 Tarifverhandlungen zu ergreifen und diese in konkreten Aktionsplänen mit klaren Zeitplänen
58 niederzulegen. Die EU muss aber weitere Schritte neben den Aktionsplänen ergreifen. So ist
59 das Vergaberecht so zu ändern, dass nur noch tarifgebundene Unternehmen öffentliche
60 Aufträge erhalten können.

61 Die bahnbrechende Gesetzgebung zur Plattformarbeit zeigt die Möglichkeit der EU zur
62 Sicherung guter Arbeitsbedingungen.

63 Klimafreundliche Entwicklung

64 Die EU hat sich gesetzlich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden und ihren Netto-
65 Treibhausgas-Ausstoß um mindestens 55 Prozent bis 2030 (im Vergleich zum Jahr 1990) zu
66 senken. Ein Schritt in diese Richtung ist das „Fit for 55“ genannte Gesetzespaket zum
67 Klimaschutz. Der Rahmen „Fit for 55“ steht. Jetzt geht es darum, dass die Umsetzung
68 ausgestaltet werden muss.

69 Faire Partnerschaft

70 Wir begrüßen die Veränderung in der EU-Handelspolitik. Fairness muss gelten, alle
71 Akteur:innen müssen in der wirtschaftlichen Entwicklung gestärkt werden. Das gute
72 Abkommen mit Vietnam eröffnet neue Handels- und Kooperationsmöglichkeiten, auch
73 gerade für Niedersachsen. Im Bereich der Investitionen, z.B. bei erneuerbaren Energien,
74 können niedersächsische Unternehmen Chancen nutzen, die Transformation in Vietnam
75 mitzugestalten. Die EU sollte in der Zukunft derartige Abkommen u.a. auch mit Indonesien
76 und Thailand schließen.

77 Wir begrüßen das neue Abkommen mit Chile. Insbesondere gibt es Zugang zu Lithium und
78 fördert die Verarbeitung in Chile, was dort zu guten Arbeitsplätzen und Wertschöpfung führt.
79 Auch für die Produktion von grünem Wasserstoff und den Export nach Niedersachsen bietet
80 dies Abkommen Möglichkeiten. Ähnliches sollte die EU mit Australien und weiteren
81 Partner:innen vereinbaren.

82 Zentral für das partnerschaftliche Verhältnis mit afrikanischen Ländern sind ebenso
83 Abkommen im beiderseitigen Interesse. Hier ist das gerade abgeschlossene Abkommen mit
84 Kenia ein gutes Beispiel, was auch Möglichkeiten für niedersächsische Unternehmen
85 eröffnet.

86 Wir sollten die Herausforderungen nicht versuchen rein defensiv zu begegnen, mit
87 Decoupling, Reshoring, gar Friendshoring, mit Investitionskontrolle nach innen und außen
88 und einer protektionistischen Industriepolitik. Nein, offensiv sollten wir unsere Infrastruktur
89 erneuern, gezielt Technologien fördern, unsere Außenbeziehungen diversifizieren und
90 bilaterale faire Handelsabkommen mit verlässlichen Partnern schließen. Nachhaltige
91 Partnerschaften, auch gerade im Bereich der Rohstoffe, gründen und globale Regeln z.B. im
92 digitalen Bereich vereinbaren. 2024 finden nicht nur die Europawahlen statt. Es gibt auch
93 Wahlen u.a. in Indien, Großbritannien und die US-Präsidentenwahlen. Alle werden
94 Auswirkungen auf die globale Wirtschaft haben, gerade für Deutschland mit einem
95 Offenheitsgrad zum BIP von 47 Prozent. Insofern gilt es die Aufmerksamkeit zu steigern, die
96 Reaktionsmöglichkeiten zu schärfen und vor allem schneller in unseren Handlungsabläufen

97 zu werden.

98 Diese Strategien und Forderungen tragen wir auch in der Region Hannover offensiv in den
99 Europawahlkampf. Hierzu entwickeln wir ein geeignetes Format, um noch stärker mit
100 Gewerkschaften und Arbeitgeber:innen in den Austausch zu kommen.

ARBEIT (A)

A 1 – Tarifbindung jetzt!

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Bezirksparteitag
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Es soll ein Konzept zur Umsetzung der EU-Richtlinie erarbeitet werden, die eine Tarifbindung von
- 2 80 Prozent vorgibt. Das Konzept soll dabei die kommunale Ebene genauso in den Blick nehmen
- 3 wie die Landes- und Bundesebene. Es soll zudem in Zusammenarbeit mit den Sozialpartner:innen
- 4 erarbeitet werden.

A 2 – Für ein echtes Tariftreuegesetz und entsprechende Vergaberichtlinien in Niedersachsen und im Bund

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Ronnenberg
<u>Weiterleitung</u>	Landesparteirat
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage bzw. Regierungshandeln
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Die SPD in Niedersachsen und im Bund setzt sich für ein Tariftreuegesetz und Vergaberichtlinien
- 2 ein, die für die Vergabe von Aufträgen die Bezahlung und Arbeitsbedingungen nach
- 3 abgeschlossenen, branchenüblichen Tarifverträgen vorsieht.

A 3 – Wir stehen zum Streikrecht!

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hannover-Nordstadt

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Die SPD in der Region Hannover steht im Jahr des 75. Geburtstags des Grundgesetzes weiterhin
- 2 zum Streikrecht, das aus Artikel 9 Abs. 3 GG hervorgeht und weist jegliche Angriffe aufs
- 3 Streikrecht zurück. Alle Vorstöße, das Streikrecht für bestimmte Branchen oder zu bestimmten
- 4 Zeiten einschränken zu wollen, lehnen wir entschieden ab. Wir stehen zu den im Grundgesetz
- 5 abgesicherten Arbeitskämpfen und stehen als Partei der Arbeit an der Seite der Beschäftigten. Wir
- 6 sind solidarisch mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften!

A 4 – Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat, Bezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Der Öffentliche Dienst startet eine Ermutigungskampagne für Bewerbungen auf allen staatlichen
- 2 Ebenen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen, indem
- 3 • Werbekampagnen gestartet werden, die insbesondere auch unterrepräsentierte, diverse
- 4 Bevölkerungsgruppen sichtbar machen,
- 5 • PersonalerInnen entsprechend geschult werden,
- 6 • Diskriminierungsfreiheit sichergestellt wird
- 7 • und schon im Schulbereich auf die Variantenbreite von Beschäftigungen im Öffentlichen
- 8 Dienst hingewiesen wird.

BAUEN UND WOHNEN (BA)

BA 1 – Abschaffung der Zulässigkeit von Indexmieten

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Die Regelung des § 557b BGB, der die Zulässigkeit von Indexmietverträgen regelt, wird
- 2 aufgehoben.

BA 2 – Antrag zur Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparsitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 A) Die Regelung des § 559 Abs.1 BGB, der die Zulässigkeit von Modernisierungsmieterhöhungen
- 2 regelt, wird dahingehend abgeändert, dass sich die Möglichkeit der Erhöhung der jährlichen
- 3 Miete auf maximal 4 Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten beschränkt.
- 4 B) Im § 559 BGB wird ferner ein Abs. 5a eingefügt: Die Erhöhung der Miete ist vom Vermieter
- 5 wieder zurückzunehmen, sobald die Kosten für die Modernisierungsmaßnahme gedeckt
- 6 sind, in der Regel nach spätestens 25 Jahren.

BA 3 – Antrag zum Mietenstopp

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Der Bundesgesetzgeber führt einen Mietenstopp ein, der entsprechend des Berliner Gesetzes zur
- 2 Mietenbegrenzung im Wohnungswesen vom 11.02.2020 im BGB entsprechende Regelungen
- 3 einführt, die sowohl u.a. einen Mietenstopp mit Genehmigungsvorbehalt vorsehen als auch einen
- 4 Tatbestand für Ordnungswidrigkeiten für die Erhebung überhöhter Mieten und weiterer
- 5 Gesetzesverstöße.

BA 4 – Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Landesparteirat
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Der Bundesgesetzgeber wird ggf. über eine Bundesratsinitiative aufgefordert, zivilrechtlich die
- 2 Voraussetzungen für Zulässigkeit von Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum deutlich
- 3 anzuheben und einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu entwickeln, der das missbräuchliche
- 4 Vortäuschen der Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Eigenbedarfskündigung unter Strafe
- 5 stellt.

BA 5 – Wohneigentumsquote erhöhen – Altersvorsorge stärken

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Döhren-Wülfel
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteitag
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Die Landtags- und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, bestehende Förderprogramme zum
- 2 Erwerb von Wohneigentum zu erweitern oder entsprechende Programme neu zu initiieren, so
- 3 dass die Wohneigentumsquote in Deutschland erheblich, mindestens jedoch um 30 Prozent,
- 4 gesteigert werden kann. Hierbei ist auch zu prüfen, inwiefern die Grunderwerbsteuer abgesenkt
- 5 oder einmalig ausgesetzt werden muss, um zusätzliche Anreize zum Erwerb von Wohneigentum
- 6 zu schaffen.

BA 6 – Leerstand bekämpfen!

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der AK Ablehnung

Status Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die
- 2 Eigentümer:innen von Immobilien zur Nutzung ihres Eigentums durch Vermietung bzw.
- 3 Eigennutzung verpflichtet. Sollten Immobilien in, für die Gemeinschaft besonders wichtigen
- 4 Lagen, vorsätzlich dem Leerstand überlassen werden, so sollen durch die Kommune
- 5 Strafzahlungen erhoben werden. Diese Strafzahlungen sollen bei längerem Leerstand eine Höhe
- 6 erreichen, dass der Leerstand trotz möglicher Wertsteigerung der Immobilie unwirtschaftlich
- 7 wird.

BILDUNG (BI)

BI 1 – Für ein Sondervermögen für die Bildung

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme
<u>Status</u>	Angenommen

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich nachhaltig für ein Sondervermögen Bildung und
- 2 Teilhabe in Höhe von 100 Milliarden Euro einzusetzen.

BI 2 – Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Neustadt a.Rb.

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich auf Bundes- und Landesebene für eine Stärkung der
- 2 Landes- bzw. Bundeszentrale für politische Bildung ein. Dazu fordern wir:
 - 3 1. Die in den Koalitionsverträgen von Bund und Land vereinbarten Erhöhungen der finanziellen
 - 4 Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung, sowie für die Landeszentrale für
 - 5 politische Bildung konsequent und prioritär umzusetzen.
 - 6 2. Die Bundes- und Landeszentralen langfristig rechtlich und finanziell abzusichern.
 - 7 3. Innovative Bildungsprojekte durch die Schaffung von zusätzlichen Ressourcen zu fördern und
 - 8 den digitalen Wandel in der politischen Bildung voranzutreiben.

BI 3 – Beteiligungsverfahren bei Kürzungen, Weiterentwicklung und baulichen Maßnahmen im Schulbiologiezentrum Hannover

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Ratsfraktion, SPD-Stadtverbandsvorstand
<u>Empfehlung der AK</u>	Überweisung an Vorstand der SPD Hannover
<u>Status</u>	Überwiesen

- 1 Die SPD in der Region Hannover fordert die SPD-Ratsfraktion Hannover auf, in den Schul- und
- 2 Bildungsausschuss der Landeshauptstadt den Antrag einzubringen, für die Weiterentwicklung
- 3 des Schulbiologiezentrums ein Beteiligungsverfahren durchzuführen, um für die Möglichkeiten
- 4 der Einsparungen und die Notwendigkeit baulicher Maßnahmen eine Prioritätenliste
- 5 aufzustellen und diese Maßnahmen in einen langfristigen Sanierungsplan terminlich
- 6 einzuordnen. Ziel ist es, das Schulbiologiezentrum langfristig zu erhalten und dessen Qualität
- 7 sicherzustellen.

BI 4 – Berufsschulen zu Kompetenzzentren Beruflicher Bildung weiterentwickeln

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Berufsschulen bzw. die Berufsbildenden Schulen in der Region Hannover sollen zu
- 2 Kompetenzzentren der Beruflichen Bildung weiterentwickelt werden. Ziel dabei ist es, dass sie
- 3 dabei auf dem aktuellen Stand der Technik auch Weiterqualifizierungsmaßnahmen oder
- 4 Aufstiegsqualifizierungen beheimaten können. Für alle Menschen, die sich beruflich
- 5 (weiter)bilden, sollen die Kompetenzzentren die Anlaufstelle sein. So können die Gebäude
- 6 ganztägig genutzt werden, vormittags für eine moderne Ausbildung und nachmittags für
- 7 Aufstiegs- und Weiterqualifizierungen. Die SPD-Regionsfraktion wird aufgefordert, sich hierfür
- 8 aktiv einzusetzen.

BI 5 – Digitale Lernmittelfreiheit für alle Schüler:innen in Niedersachsen durchsetzen

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Landesebene
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die digitale Lernmittelfreiheit für alle Jahrgänge ab Klasse
- 2 1 zeitnah umzusetzen, um unserem Kernanliegen, dass Bildung kein Luxusgut sein darf, Geltung
- 3 zu verschaffen.

BI 6 – Erhöhung des Zusatzbedarfs für Ganztagsgrundschulen

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Der Zusatzbedarf für Ganztagsgrundschulen wird auch für Schulen die nach 2004 als
- 2 Ganztagschulen genehmigt wurden auf mindestens 100 Prozent angehoben.

BI 7 – Familienzentren: Orte der Bildung, der Prävention, der Begegnung und Beratung von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen.

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	Landesparteirat
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Familienzentren an Tageseinrichtungen für Kinder und an Grundschulen tragen mit ihren
2 differenzierten niedrigschwelligen Angeboten im erheblichen Maße zur Verwirklichung einer
3 inklusiven Gesellschaft bei. Daher fordern wir die Landesebene auf,
- 4 1. dafür Sorge zu tragen, dass die erlebten bürokratischen Hürden zur Einrichtung dieses
5 Angebots abgebaut werden,
- 6 2. angesichts der steigenden zunehmenden finanziellen Kosten die finanziellen Zuwendungen
7 zu erhöhen,
- 8 3. eine landesweite Förderung unter Einbeziehung einer gesetzlichen Grundlage im
9 Niedersächsische Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege zu schaffen,
- 10 4. für den Betrieb der Familienzentren in Niedersachsen eine Definition zu finden, die Standards
11 wie einheitliche Förderungen, Finanzierung, Personalschlüssel, sowie Fortbildungen für das
12 Personal festlegt,
- 13 5. Familienzentren aus der bisherigen Zuordnung im Sozialministerium herauszulösen und
14 dem Kultusministerium zu übertragen,
- 15 6. die Raumnutzung für externe Angebote unter Wahrung und Sicherung des Kinderschutzes
16 zu gewährleisten.

BI 8 – Koordinierungsstelle Übergang

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Die Regionsfraktion wird aufgefordert, sich für eine koordinierende Stelle als Verbindung
- 2 zwischen Allgemeinbildenden (ABS) und Berufsbildenden Schulen (BBS) einzusetzen, wobei die
- 3 vordringlichste Aufgabe die Aufnahmeberatung und die Aufnahme junger Menschen, die
- 4 besondere Unterstützung in der beruflichen Orientierung benötigen, sein muss. Diese kann in
- 5 Form einer Koordinierungsstelle oder als Teilnahme am Konzept der Bildungsregionen erfolgen.
- 6 Dafür sollten das fachlich versierte pädagogische Personal der BBSn mit einigen Stunden
- 7 abgeordnet und durch Verwaltungskräfte unterstützt werden.

BI 9 – Angebot für neuzugewanderte schulpflichtige Jugendliche ohne Schulplatz

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Die Landesebene wird aufgefordert, ein vorschulisches Lernangebot für schulpflichtige
- 2 Neuzugewanderte zu schaffen, um den Kindern und Jugendlichen die deutsche Schule
- 3 nahezubringen, erste Kenntnisse in der deutschen Sprache zu vermitteln und Lernmethoden
- 4 probieren zu lassen, bevor sie entsprechend ihres Rechts auf Bildung einen Schulplatz erhalten.

BI 10 – Stärkung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich auf Landes- und Bundesebene – gegen die Streichung von Finanzmitteln

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme
<u>Status</u>	Angenommen

- 1 Die Landtags- und Bundestagsfraktion werden aufgerufen, mehr finanzielle Mittel für die
- 2 Sprachförderung im vorschulischen Bereich zur Verfügung zu stellen. Die Bundestagsfraktion
- 3 wird explizit aufgefordert, die gestrichene Bundesförderung für Sprachkitas für den Haushalt
- 4 2025 wieder einzubringen.

BI 11 – Digitale Lernmittelfreiheit für Schüler:innen in Niedersachsens Schulen

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Burgdorf
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Landtagsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Landesebene
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Für die im Koalitionsvertrag vereinbarte „digitale Lernmittelfreiheit“ sollen zeitnah die
- 2 notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die an vielen Schulen bereits
- 3 eingeführten bzw. beabsichtigten Belastungen von bis zu 920 € je Kind durch von Eltern
- 4 finanzierte Tablets ein Ende hat.

BI 12 – Schule ist mehr als Unterricht – Schulsozialarbeit stärken!

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	Landesparteirat, SPD-Regionsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Um den wachsenden Herausforderungen und dem Fachkräftemangel in den niedersächsischen
2 Schulen gerecht werden zu können, fordern wir die Landesebene und die Region Hannover auf
3 sich hinsichtlich der Schuleinrichtungen in ihrer Trägerschaft einzusetzen für folgenden
4 Forderungskatalog:
- 5 • die Stellen für schulische Sozialarbeiter:innen in der Region Hannover und ganz
6 Niedersachsen aufzustocken.
 - 7 • die Sozialarbeit und andere schulische Unterstützungsmaßnahmen nach Sozialindex zu
8 verteilen.
 - 9 • jede Schule mit mindestens einer unbefristeten Stelle für Schulsozialarbeit auszustatten.
 - 10 • sich aktiv gegen den Fachkräftemangel im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik
11 einzusetzen und durch geeignete Maßnahmen das Berufsfeld für Schulsozialarbeiter:innen
12 in Niedersachsen attraktiv zu machen. Dazu kann einerseits die Erhöhung von
13 Ausbildungskapazitäten in der sozialen Arbeit zählen. Andererseits gilt es aber auch zu
14 erforschen, wie es gelingen kann, die Zufriedenheit der Fachkräfte zu erhöhen.
 - 15 • in diesem Kontext auch die Maßnahmen für Demokratiebildung in Schulen massiv zu
16 verstärken.

DEMOKRATIE (D)

D 1 – Worte finden, rechten Demagog:innen entgegen

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hannover-Mitte (in Kooperation mit dem Arbeitskreis
Demokratie stärken!)

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover beteiligt sich an der Unterstützung seiner Mitglieder
- 2 im Kampf gegen Rechts. Der Unterbezirksvorstand ergreift dafür folgende Maßnahmen:
- 3 • Es wird eine Plattform für Mitglieder und Interessierte zur Diskussion und Mobilisierung
- 4 geschaffen.
- 5 • Material bzw. eine Kampagne gegen Rechts wird konzipiert. Hierfür sollen u.a.
- 6 Argumentationskarten zur Entkräftung rechter Parolen und Falschinformationen
- 7 entstehen.
- 8 • Argumentationstrainings gegen Rechte/Stammtischparolen sollen angeboten werden.
- 9 Durch Trainings oder Schulungen können Techniken und Strategien erarbeitet werden, um
- 10 in der Praxis schlagfertige Parolen dagegenzuhalten. Diese sollen helfen, das Gefühl der
- 11 Hilflosigkeit in solchen Situationen zu überwinden und dazu ermutigen, für Vielfalt, Toleranz
- 12 und eine demokratische Kultur im Umgang miteinander einzutreten.

D 2 – Keine Ausreden – Parität jetzt!

Antragsteller:in SPD Frauen (ASF)

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Wir wollen ein Paritätsgesetz in Niedersachsen. Der SPD-Unterbezirk Region Hannover
- 2 fordert unsere SPD-Landtagsfraktion sowie den Minister für Gleichstellung auf, zeitnah einen
- 3 Entwurf für ein niedersächsisches Paritätsgesetz vorzulegen.

D 3 – Briefwahl 2.0: Die Zukunft des Wählens liegt im Umschlag

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat
<u>Empfehlung der AK</u>	Zurückgezogen

D 4 – Nachhaltige Förderung der Medienkompetenz

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Die Medienkompetenz der Bevölkerung wird durch entsprechende geeignete Maßnahmen
- 2 gestärkt, insbesondere
- 3 • soll im Schulbereich Medienkompetenz ggf. im neu eingeführten Fach Demokratie
- 4 nachhaltig gelehrt werden,
- 5 • sollen öffentliche Kampagnen zur Förderung des sicheren und kritischen Umgangs mit
- 6 Medien erfolgen und
- 7 • soll öffentlich aufgeklärt werden, wie auf medienkompetente Weise der
- 8 Wahrheitsgehalt von Nachrichten überprüft werden kann.

EUROPA (EU)

EU 1 – Einführung des Europatags als europäischer Feiertag

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK Ablehnung

Status Abgelehnt

- 1 Der Europatag, der jedes Jahr am 9. Mai begangen wird, wird europaweit zum gesetzlichen
- 2 Feiertag im Sinne des Feiertagsrechts erklärt, zunächst in Niedersachsen und anderen
- 3 Bundesländern.

FINANZEN (F)

F 1 – Änderung des Sparerpauschbetrages

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Bezirksparteitag
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, auf Bundesebene eine gesetzliche
- 2 Regelung zu erreichen, wonach der Sparerpauschbetrag bei Kapitalerträgen künftig
- 3 dahingehend geändert wird, dass der Freibetrag von eigenen Kindern unter 18 Jahren
- 4 zusammen mit den Eltern veranlagt werden kann, wie dies bei Eheleuten bereits möglich ist.
- 5 Bei getrenntlebenden Eltern kann der Betrag im Einvernehmen aufgeteilt werden. Sollte
- 6 keine Einigung möglich sein, so wird der Betrag dem Elternteil zur Verfügung gestellt, dem
- 7 der Kinderfreibetrag zusteht.

F 2 – Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren

<u>Antragsteller:in</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, die derzeitige Unterfinanzierung der
2 Kommunen schrittweise zu beseitigen.
- 3 1. Kommunale Aufgaben sind dauerhaft in ihrer Finanzierung zu sichern. Dazu gehört,
4 dass bei zusätzlichen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie aktuell zum Beispiel
5 Flüchtlingshilfe eine Finanzierung durch Bund und Land in vollem Umfang
6 sicherzustellen ist.
- 7 2. Nach wie vor werden den Kommunen Aufgaben per Gesetz übertragen oder die
8 Qualität vorhandener Aufgaben durch entsprechende Landes- oder Bundesvorgaben
9 erhöht, ohne dass dies mit der notwendigen Finanzierung hinterlegt ist. Dies muss
10 geändert werden. Wer ein Gesetz beschließt, muss auch die Finanzierung übernehmen.
- 11 3. Jedwede Beschlüsse der Bundes- und / oder Landesregierungen müssen darauf hin
12 überprüft werden, ob sie unmittelbar oder mittelbar zu Mindereinnahmen oder
13 Mehraufwendungen in den Kommunen führen. Ein entsprechender ausreichender
14 Finanzierungsausgleich von Bundes- oder Landesebene an die Kommunen muss damit
15 zwingend einhergehen.
- 16 4. Eine konkrete Lösung für die Altschuldenproblematik der Kommunen muss endlich her.
17 Bundesregierung und Landesregierungen stehen hier im Wort. Die SPD wird auf allen
18 Ebenen in Gespräche mit den Regierungen eintreten, um hier endlich eine Lösung und
19 deren Umsetzung einzufordern.
- 20 5. Eine von Bundesfinanzminister Lindner proklamierte damit einhergehende
21 Grundgesetzänderung und „Auferlegung“ einer Schuldenbremse für die Kommunen ist
22 strikt zurückzuweisen.
- 23 6. Altschulden müssen umgehend getilgt werden. Dazu werden Vermögens- und
24 Erbschaftssteuer neugestaltet.
- 25 7. Da die Finanzierung der öffentlichen Daseinsfür- und vorsorge überwiegend aus

26 Steuern und Abgaben erfolgt, bedarf es ebenso einer Debatte um Umverteilung.
27 Die Länder benötigen dringend Änderungen im Steuerrecht, um ihre eigene Finanzkraft zu
28 stärken. Die Vermögenssteuer muss wieder erhoben werden, bei der Erbschafts- /
29 Schenkungssteuer und Grunderwerbssteuer müssen die Schlupflöcher geschlossen werden.
30 Kapitaleinnahmen müssen zukünftig wieder mit dem persönlichen Steuersatz versteuert
31 werden.

F 3 – Angemessene Anpassung der Erbschafts- und Schenkungssteuer

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Steuersatz der Erbschafts- und Schenkungssteuer wird für hohe Erbschaften und
- 2 Schenkungen oberhalb von 26.000.000 Euro auch für Angehörige der Steuerklassen I und II
- 3 auf 50 Prozent anzuheben.

F 4 – Abschaffung der Schuldenbremse

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag

Empfehlung der AK Erledigt

Status Erledigt

- 1 Die im Grundgesetz und in der Niedersächsischen Verfassung vorgesehene Schuldenbremse
- 2 wird abgeschafft, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes
- 3 vom 29.07.2009 (BGBl. I 2009, 2248, sogenannte Schuldenbremse) geltende
- 4 verfassungsrechtliche Rechtslage hinsichtlich der Art. 109, 109a, 115 und 143d Grundgesetz
- 5 wird wiederhergestellt.

F 5 – Einführung eines Kindersoli für Milliardäre

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Die SPD bringt eine Gesetzesinitiative auf den Weg, mit welchem eine als Kindersoli
- 2 bezeichnete einmalige verfassungsrechtlich zulässige Vermögensabgabe für
- 3 Vermögensmilliardäre in Höhe von 10 Prozent des Verkehrswertes eingeführt wird.
- 4 Die Einnahmen werden vollständig für die Belange von Kindern vorgesehen, insbesondere
- 5 zur Vermeidung von Kinderarmut, auch zur entsprechenden zweckgerichteten
- 6 flächendeckenden Unterstützung der Kommunen zur Erfüllung der Rechtsansprüche von
- 7 Kindern auf Krippenplätze, Kindergartenplätze, Ansprüche nach dem SGB VIII, Kinderschutz,
- 8 Errichtung und Sanierung von (Indoor-)Spielplätzen, ebenso zur deutlichen Verbesserung der
- 9 medizinischen Versorgung von Kindern im kinderärztlichen Bereich und im Bereich der
- 10 Kinderkrankenhäuser.

F 6 – Einführung eines Kommunalsoli für Milliardäre

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag

Empfehlung der AK Erledigt

Status Erledigt

- 1 Die SPD bringt eine Gesetzesinitiative auf den Weg, mit welchem eine als Kommunalsoli
- 2 bezeichnete einmalige verfassungsrechtlich zulässige Vermögensabgabe für
- 3 Vermögensmilliardäre in Höhe von 10 Prozent des Verkehrswertes eingeführt wird. Die
- 4 Einnahmen hieraus kommen vollständig den Kommunen zu Gute, die damit wieder in die
- 5 Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben vollständig zu erfüllen und sich
- 6 zugleich qualitativ auch freiwilligen Aufgaben zu widmen.

INNERES UND SICHERHEIT (IS)

IS 1 – Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen!

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

1 Die Polizei kommt, mit anderen Organisationen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, dem
2 wesentlichen Auftrag zum Schutz der demokratischen Gesellschaft nach. Um diesen Auftrag in
3 Zeiten steigender Gefahren und Aggressionen so gut wie möglich wahrnehmen zu können, muss
4 sie resilienter weiterentwickelt und aufgestellt werden. Folgende, nicht abschließende Punkte
5 bedürfen einer intensiven Betrachtung:

6 Ausstattung

7 • zeitgerechte und moderne persönliche Ausstattung der Beamtinnen und Beamten

8 • Abbau des Investitionsstaus der Liegenschaften der Polizei mit einem
9 Investitionsförderprogramm mit Blick auf einen energetischen Mindeststandard

10 • Modernisierung der Fahrzeugflotten unter klimaberücksichtigenden Gesichtspunkten

11 • Durch Straftaten erlangte Vermögenswerte werden abgeschöpft und dem Sachmitteletat
12 der Polizei zugeführt

13 Personalgewinnung, Ausbildung

14 • Erhöhung der Attraktivität des Berufes durch u.a. finanzielle Anreize wie die
15 Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die Anhebung der Zulage für Dienst zu
16 ungünstigen Zeiten auf fünf Euro die Stunde

17 • Verstärkte Ausbildung/Einstellung von Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten
18 und die Einsetzung von Polizeibeamtinnen und Beamten auf Vollzugsaufgaben

19 • Verstärkte Überführung von Tarifangestellten in die Verwaltungslaufbahn und Erhöhung
20 der Attraktivität der Verwaltungsberufe in der Polizei.

21 Kriminalitätsbekämpfung

- 22 • Der Kriminalität im Internet muss Einhalt geboten werden, die personelle und
23 Sachmittelausstattung in diesem Bereich erhöht werden. Zur Bearbeitung braucht die Polizei
24 die klügsten Köpfe, die im Bereich IT ausgebildet sind.

25 Politische Bildung

- 26 • Fortsetzung und Verstärkung bestehender Konzepte für die politische Bildung angehender
27 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten
- 28 • Förderung bestehender Konzepte, wie z.B. „Polizeischutz für die Demokratie“
- 29 • Unterstützung zivilgesellschaftlicher Konzepte; beispielsweise zu nennen sind Kampagnen
30 der JUNGEN GRUPPE (GdP) wie „Der Eid ist meine DNA“ oder „Grundgesetz. Unsere
31 Verantwortung!“

32 Zusammenarbeit

- 33 • Weiterentwicklung der Zusammenarbeit insbesondere an Brennpunkten der öffentlichen
34 Sicherheit und Ordnung mit allen involvierten Akteuren, u.a. in der Sozialarbeit, in den
35 kommunalen Ordnungsämtern, mit den kommunalen Verkehrsbetrieben, der kommunalen
36 Suchtberatung, den Rettungsdiensten und den Feuerwehren.
- 37 • Weiterhin kooperative Einbeziehung der Fachexpertise der Gewerkschaften der Polizei
38 insbesondere auch ihrer Haltung zum Schutz der Demokratie.

IS 2 – Erstattung der Kosten für Personenschutz im öffentlichen Bereich exponierter jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft 60plus

Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion

Empfehlung der AK Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion

Status Angenommen

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich gegenüber der Landesebene dafür ein, dass die
- 2 Aufwendungen, die den jüdischen Gemeinden, Vereinen und Institutionen in Niedersachsen
- 3 durch Inanspruchnahme privater Sicherheitsdienste entstehen, vom Land Niedersachsen
- 4 übernommen werden.

IS 3 – Erhalt und weiterer Ausbau der Frauenhauslandschaft

<u>Antragsteller:in</u>	SPD Frauen (ASF)
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Die Mandatsträger:innen auf der Ebene des Bundes, des Landes, Europas sowie auf kommunaler
- 2 Ebene setzen sich weiterhin für den Erhalt und Ausbau der Frauenhauslandschaft und der
- 3 mobilen Beratungen ein. Dazu gehört insbesondere die bedarfsgerechte Finanzierung der
- 4 bestehenden Einrichtungen durch das Land Niedersachsen, den Bund und die EU.

KLIMASCHUTZ (KI)

KI 1 – Energiewende für alle I: Klimaneutraler Strom im Mehrfamilienhaus! – Einführung der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Lehrte

Weiterleitung Bezirksparteitag

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um
- 2 eine Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung hinter dem Netzverknüpfungspunkt zu
- 3 ermöglichen.

KI 2 – Energiewende für alle II: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Lehrte
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Bezirksparteitag
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um
- 2 den Eigenverbrauch des von einer PV-Anlage auf dem Dach eines (Mehrfamilien-)Hauses
- 3 produzierten Stroms durch eine zentrale Wärmepumpe im Rahmen der Heizkostenabrechnung
- 4 mit anfangs 20ct/kWh abrechnen zu können. Im weiteren Verlauf soll die Vergütung so an den
- 5 aktuellen Strompreis gekoppelt sein, dass sie immer niedriger ist, als der aktuelle Endkundenpreis
- 6 auf dem Strommarkt.

KI 3 – Klimaschutz und Klimawirtschaft

<u>Antragsteller:in</u>	Unterbezirksvorstand (AK Nachhaltigkeit)
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Die Regionsfraktion wird aufgerufen, die nachfolgenden Punkte als Leitantrag Klimaschutz und
- 2 Klimawirtschaft in die Regionsversammlung einzubringen:
 - 3 1. Die Region Hannover bekennt sich zur Klimawende als einem prioritären Politikziel unter
 - 4 moralischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten.
 - 5 2. Die Regionsverwaltung berücksichtigt die in der ANLAGE aufgeführten Punkte unter
 - 6 Einbeziehung der genannten Partner bei der Erstellung des in Arbeit befindlichen regionalen
 - 7 Maßnahmenprogramms zur Klimawende; die Maßnahmen werden transparent und
 - 8 nachvollziehbar priorisiert.
 - 9 3. Die Regionsverwaltung prüft außerdem, welche zusätzlichen Maßnahmen erforderlich sind,
 - 10 um das angestrebte Ziel, Klimaneutralität bis 2035, zu erreichen.
 - 11 4. Für das Klimaschutzprogramm wird ein Finanzvolumen von 55 Millionen Euro pro Jahr
 - 12 angelegt. Nach fünf Jahren wird nach einer Evaluierung geprüft, welche Mittel in den
 - 13 Folgejahren zur Verfügung zu stellen sind.

KI 4 – Elektromobilität ausbauen – Ladesäuleninfrastrukturstrategie (LASIS) gestalten

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hemmingen

Weiterleitung Bezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK Ablehnung

Status Nichtbefassung

1 Die Entscheidung des europäischen Parlaments im Hinblick auf eine Verschärfung der Co2-
2 Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im Einklang
3 mit den ehrgeizigen Klimaziele der Europäischen Union hat auch für die Kommunen im Bezirk
4 Hannover sowohl politische, gesellschaftliche als auch ökologische Herausforderungen zur Folge.
5 Wir wollen diesen Transformationsprozess für alle Menschen im Bezirk vereinheitlichen und
6 weiterentwickeln, damit er gelingen kann.

7 Dabei nimmt die kommunale Ebene eine entscheiden Rolle ein. Daher fordern wir für die
8 Kommune:

- 9 • Darstellung wie die kommunalen Institutionen (z.B. am Hallenbad) die Möglichkeit haben,
10 Ladesäulen für die Einwohner:innen bereitzustellen und welche verkehrsrechtlichen
11 Maßnahmen dafür notwendig sind - Gestaltung einer Kommunalförderung für die
12 Anschaffung und Installation einer Wall-Box Besonders die Region Hannover wird in den
13 kommenden Jahren ein wichtiger Treiber und Impulsgeber für die E-Mobilität einnehmen.
14 Daher fordern wir für die Region Hannover: - ein Ladensäulenregister zur besseren
15 Koordination der Ladesäulen in der gesamten Region implementieren - ein
16 Umsetzungskonzept der Elektromobilität für die gesamte Region Hannover -
17 Weiterentwicklung der Klimaschutzregion Hannover mit Förderungsmöglichkeiten für
18 Ladesäulen besonders für Ballungszentren sowie Wohngebiete in der Region Hannover
- 19 • Konzept für die Darstellung von den gesamten kommunalen Institutionen (Hallenbad,
20 Kultur- und öffentlichen Büros) aufzeigen, die die Möglichkeit besitzen, öffentliche
21 Ladesäulen für die Einwohner:innen bereitzustellen und welche verkehrsrechtlichen
22 Maßnahmen dafür notwendig sind - Einheitliche Gestaltung für eine Kommunalförderung
23 für die Anschaffung und Installation einer Wall-Box ermöglichen und diese finanziell
24 untermauern - Prüfung in wie weit Partnerschaften eingegangen werden können, um die
25 kommunale Ladesäuleninfrastruktur schnellstmöglich voranzubringen und diese
26 Möglichkeiten den Kommunen / Gemeinden in der Region anzubieten - weiteren Ausbau der
27 Pilotprojekte (E-Ladesäulen aus Laternen in Langenhagen oder Ladesäulen-Sharing in

28 Hannover) für die gesamte Region. Dabei sollen vor allem die Gemeinde / Kommunen
29 profitieren, wo die Ladesäuleninfrastruktur noch nicht so weit ausgebaut worden - eine
30 Übersicht an welchen Förderungsprogrammen zur E-Mobilität die Region Hannover bereits
31 teilgenommen und welche Förderungsprogramme gerade aktuell laufen um die Erkenntnisse
32 an die Kommunen / Gemeinden zu spiegeln

33 Der Bezirk Hannover hat eine gewaltige Chance für die E-Mobilität. Nicht nur das Zusammenspiel
34 von Stadt und Land wird für den Transformationsprozess eine entscheidende Rolle spielen,
35 sondern der gesamte Bezirk kann eine starke Gestaltungsebene darstellen. Daher fordern wir für
36 den Bezirk Hannover: - Weitentwicklung neu/wagen der Transformationsstelle Automotive in
37 Hannover/Hildesheim mit dem „Zukunftsbild 2030+“ zu einem Innovationscluster und
38 Zweckverband E-Mobilität für den Bezirk Hannover ausbauen - gemeinsame
39 Konzessionsvergabeprozesse mit den (öffentlichen) Stadtwerken im Bezirk zur Vereinbarung der
40 E-Mobilität im Rahmen eines Zweckverbandes koordinieren - Auf- und Ausbau eines
41 bezirkswiden digitalen Bezahlsystem zur Nutzung der Ladesäulen im gesamten Bezirksgebiet -
42 Stärkere Möglichkeiten von Nutzung von Kooperationspartnerschaften und Einbindung des PPP-
43 Netzwerkes des Landes Niedersachsen zur Bereitstellung einer E-Mobilitätsstrategie in den
44 einzelnen Kommunen / Gemeinden des Bezirks - Darstellung von Ergebnisse die im Rahmen von
45 Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) bereits Ladesäulen in verschiedenen Kommunen
46 betreiben (z.B. E-Tankstelle in Laternen, Ladesäulen-Sharing) und wie die einzelnen Kommunen
47 davon profitieren können

48 Damit die unterschiedlichen Ebene die Ladesäuleninfrastruktur nachhaltig gestalten kann, wird
49 das Land Niedersachsen auch weiterhin eine elementare Rolle einnehmen. Daher fordern wir vom
50 Land Niedersachsen: - Metropolregion Hannover-Göttingen-Braunschweig-Wolfsburg finanziell
51 als Forschungs- und Entwicklungsinitiative zum „Schaufenster Elektromobilität“ weiter ausbauen
52 und die Fachforen zum Konzept zur Förderung der Elektromobilität in die Kommune tragen. Dabei
53 soll das Kommunikationskonzept für Handlungsvorschläge stärker verbreitet werden - eine
54 landesweite Kaufpreisprämie für kommunale E-Fahrzeuge im Rahmen der
55 Förderungsmöglichkeiten einsetzen - eine verbesserte und benutzerfreundliche Darstellung vom
56 Ladeatlas - die Unterstützung und Moderation für eine benutzerfreundliche Bezahlsysteme der
57 unterschiedlichen Anbietern bei der Nutzung der Ladesäulen in Niedersachsen –
58 Fördermöglichkeiten von Niedersachsen.Klar.Elektrisch stärker nach Absprache der
59 Kommunen/Gemeinde nach dem tatsächlichen Bedarf absprechen und weiter zielorientiert
60 darstellen – kommunale Beratungsnetzwerk des Landes weiter ausbauen

KOMMUNALPOLITIK (K)

K 1 – Antrag auf kostenlose Fahrten für Schüler:innen auch unterhalb der 2 km-Grenze

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Neustadt

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK Ablehnung

Status Abgelehnt

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, dass alle Schüler:innen ein kostenloses
- 2 Schülerticket erhalten.

K 2 – Mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der Region Hannover

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Wir fordern, dass im Gebiet der Region Hannover mehr öffentliche, frei zugängliche
- 2 Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden. Insbesondere in den Gebieten, in denen es bisher noch
- 3 keine Trinkwasserbrunnen gibt, besteht ein großer Bedarf an öffentlichen Trinkwasserbrunnen.

K 3 – Eine Investition in unsere Zukunft – Änderung von § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hainholz-Vinnhorst

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den § 120 Abs. 2 Satz 3 des Nds.
- 2 Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) so zu ändern, dass bei der Genehmigung der
- 3 vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im
- 4 Rahmen kommunaler Haushaltssatzungen keine Regelversagung mehr an eine fehlende
- 5 dauernde Leistungsfähigkeit geknüpft wird.

K 4 – Mehr Freiheit für kommunale Vorkaufsrechte

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Bundesparteitag, Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme
<u>Status</u>	Angenommen

- 1 Die Regelung des § 26 Nr. 4 BauGB, nach welcher kommunale Vorkaufsrechte, die an sich
- 2 vorgesehen sind, weitgehend ausgeschlossen werden, wird aufgehoben.

K 5 – Grundsätzliches Rauchverbot im Erlebnis-Zoo Hannover

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Die Region Hannover wird aufgefordert werden, das Gebiet des Erlebnis-Zoo Hannover in seiner
- 2 Gänze zu einer Nichtraucherzone umzuwandeln; ggf. mit der Ausnahme von wenigen
- 3 designierten Raucherzonen.

ORGANISATION (O)

O 1 – Gründung: Arbeitsgruppe gegen eine Etablierung der AfD im Umland

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Hemmingen
<u>Weiterleitung</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Empfehlung der AK</u>	Weiterleitung als Material an den Unterbezirksvorstand´
<u>Status</u>	Weitergeleitet als Material an den Unterbezirksvorstand

- 1 Bereits in der letzten Regionswahl hat die AfD im Umland ein deutlich besseres Ergebnis als in der
2 Landeshauptstadt erreicht. Gleichzeitig ist dieser Trend deutlich gewachsen, so konnte die Partei
3 bereits in der Landtagswahl sich auf ein zweistelliges Ergebnis vergrößern. Diese Entwicklung hat
4 zur Folge, dass die AfD noch viel präsenter in den Kommunen unterwegs geworden ist. Diese
5 Entwicklung müssen wir auch stärker mitbegleiten. Nicht nur aus der Historie hinaus muss die
6 Sozialdemokratie sich aktiv immer und überall gegen Rechts positionieren, sondern auch um die
7 politische kommunikative und organisatorische Struktur der AfD im Umland etwas
8 entgegenzusetzen. Daher fordern wir:
- 9 • eine Gründung einer Arbeitsgruppe im Unterbezirk für die Umlandortsvereine, um sich
10 stärker gegen eine Mobilisierung und Strukturbildung der AfD auseinanderzusetzen.

O 2 – Eigene Videoplattform ermöglichen – SPD gestaltet die Hybridformate

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hemmingen

Weiterleitung Bezirksparteitag

Empfehlung der AK Ablehnung

Status Abgelehnt

1 Die Digitalisierung wird in den kommenden Jahrzehnten eine immer wichtige Rolle spielen. Viele
2 Generationen wachsen in einem digitalen Umfeld auf. Ob Homeschooling, digitale
3 Veranstaltungen in den Universitäten/Fachhochschulen oder Home-Office in der Arbeitswelt.
4 Digitale Beteiligungsprozesse und digitale Teilhabe ist bereits für viele Generation mehr als
5 selbstverständlich geworden. Auch in der repräsentativen Demokratie finden
6 Hybridveranstaltungen statt, indem Fraktionssitzungen auch die Möglichkeit einer
7 Videoplattform nutzen. Gleichzeitig nutzen die Parteien und Fraktionen unterschiedliche
8 Anbieter. Viele von diesen Unternehmen sind wirtschaftliche Unternehmen, die gewinnorientiert
9 (z.B. Zoom) arbeiten und/oder Dividenden auszahlen (z.B. Microsoft Teams). Gleichzeitig
10 brauchen wir als Sozialdemokratie eine Videoplattform um auch mehr Möglichkeiten um Beruf-
11 Familie-Freizeit im Einklang zu bringen. Daher fordern wir:

- 12 • die Bundes-SPD soll prüfen, wie eine eigene Videoplattform für die Untergliederungen
13 ermöglicht werden kann. Dabei soll geschaut werden, wie eine schnelle, einfache und
14 praxisorientierte Lösung aufgebaut werden kann,
- 15 • um die Akzeptanz zu erhöhen, soll im Rahmen der/die Landes- und Bezirksvorsitzend:en-
16 Austauschformate die Videoplattform vorgestellt werden. Die Unterbezirke/Kreisverbände
17 sollen durch Pilotgliederungen eingebaut werden,
- 18 • für die Ausgestaltungen sollen nahestehende Vereine, Verbände oder Institutionen
19 mitgedacht werden, wie z.B. D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt. Auch die Ausgliederung
20 in einer Genossenschaft oder einen Zukauf eines Unternehmens soll mitgedacht werden.

O 3 – Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen

<u>Antragsteller:in</u>	SPD Frauen (ASF)
<u>Weiterleitung:</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat, Bezirksparteitag
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover setzt sich für eine gleichberechtigte politische Teilhabe
2 von Männern und Frauen ein und fordert mit Hilfe der folgenden Maßnahmen die aktive
3 Mitarbeit von Genoss:innen strukturell zu unterstützen:
- 4 1. Bei der Aufstellung zu Wahlen auf kommunaler Ebene sowie auf Ebene des Landes, des
5 Bundes und auf Europaebene werden die Spitzenkandidaturen, also die Listenplätze 1,
6 mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt.
 - 7 2. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen als Kandidierende für vordere Positionen in
8 Gremien der Partei und für Wahlämter auf kommunaler Ebene werden ausgebaut. Dazu
9 gehören auch Maßnahmen wie regelmäßige Interessenabfragen in der Mitgliedschaft zur
10 Übernahme von Funktionen und Mandaten, Veranstaltungen zur Findung von Co-
11 Vorsitzendenteams, Mentoringprogramm, Förderung der Bildung von Netzwerken.
 - 12 3. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstellungspolitik besser messbar zu machen, wird alle
13 drei Jahre ein parteiinterner Gleichstellungsbericht auf Bezirks- und Landesebene erstellt.
 - 14 4. Sitzungen von parteiinternen Gremien auf Unterbezirks-, Bezirks und Landes- und
15 Bundesebene werden – sofern eine technische Umsetzung möglich ist – als hybride Sitzungen
16 durchgeführt.
 - 17 5. Es wird ein Konzept entwickelt, das gewährleistet, dass insbesondere Frauen beim Vorgehen
18 gegen Drohungen, Herabsetzungen oder verbalisierte Gewalt („catcalling“) unterstützt
19 werden.
 - 20 6. Das Sharing von Funktionen innerhalb der Partei wird als Möglichkeit begriffen,
21 Teilhabechancen auch in besonderen familiären oder Notsituationen zu sichern. Daher wird
22 die Landtagsfraktion gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten von Mandatssharing
23 auszuloten. Auch bei parteiinternen Funktionen werden Konzepte entwickelt, um die Teilung
24 von Funktionen zu ermöglichen.

O 4 – Mitgliederwerbung und Stärkung des Ehrenamts

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Lehrte

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK Erledigt bei Annahme des Arbeitsprogramms

Status Erledigt

- 1 Der Unterbezirksparteitag beauftragt den Unterbezirk Region Hannover,
- 2 1. durch seine Mandatsträger:innen und Hauptamtlichen, kurzfristig Maßnahmen zur
- 3 unterbezirksweiten Mitgliederwerbung zu ergreifen;
- 4 2. durch seine Mandatsträger:innen und Hauptamtlichen, kurzfristig Maßnahmen zur
- 5 unterbezirksweiten Werbung für „Engagement im Ehrenamt zur Stärkung der Demokratie“
- 6 zu ergreifen;
- 7 3. durch seine Mandatsträger und Hauptamtlichen, Absprachen mit dem Bezirk und dem
- 8 Landesverband Niedersachsen, ggf. auch mit der Bundes-SPD zu treffen, die die Aktivitäten
- 9 der SPD vor Ort darstellen und so deutlich machen, dass politisches Engagement an der Basis
- 10 die Grundlage der Demokratie ist.

O 5 – Jährliche Delegiertenwahlen für mehr innerparteiliche Demokratie

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat, Bezirksparteitag, Unterbezirksvorstand
<u>Empfehlung der AK</u>	Weiterleitung als Material an den Unterbezirksvorstand
<u>Status</u>	Überwiesen als Material an den Unterbezirksvorstand

- 1 1. In einigen SPD-Ortsvereinen ist es gelebte Praxis, dass dieselben Mitglieder über Jahre
2 hinweg als Delegierte zu Parteitag, Konferenzen o. ä. fahren. Bislang geben die Satzungen
3 der verschiedenen SPD-Ebenen dies her. Die Folge ist, dass neue aktive Mitglieder,
4 insbesondere junge Menschen, keine Chance haben, über die Ortsvereine in eine Delegation
5 für ebendiese Parteitage gewählt zu werden. In einigen Fällen wird diese satzungsrechtliche
6 Lücke bewusst dafür genutzt, die erwünschten Personen über Jahre zu Parteitag fahren zu
7 lassen, sobald diese einmal in der „richtigen“, vom Vorstand erwünschten Konstellation
8 gewählt worden sind. Trotz monatlich stattfindender Ortsvereinsitzungen und
9 regelmäßiger Mitgliederversammlungen werden Tagesordnungspunkte zur Wahl von
10 Delegierten bewusst nicht aufgerufen. Es handelt sich hierbei also nicht um ein Zurückgreifen
11 auf ein altes Wahlergebnis aus zeitlichen oder organisatorischen Gründen, sondern als
12 taktisches Mittel, um innerparteilichen Diskrepanzen zu begegnen.
- 13 2. Wir fordern daher, die Statuten der einzelnen SPD-Ebenen dahingehend zu ändern, dass die
14 Delegierten der Ortsvereine zum Unterbezirks- und Bezirksparteitag mindestens alle zwei
15 Jahre neu gewählt werden müssen. Eine Ausnahme davon soll es nur bei außerordentlichen
16 Parteitag geben, da hier die Vorlaufzeit erheblich geringer ausfällt.
- 17 3. Zwischen den Zeilen 18 und 19 soll als Absatz eingefügt werden: „§ 6 Nr. 1a) S. 1 des Statuts
18 des SPD-Stadtverbandes Hannover („aus 150 in den Ortsvereinen gewählten Delegierten.“):
19 ergänze „alle zwei Jahre neu“ zwischen „in den Ortsvereinen“ und „gewählten Delegierten“.
- 20 4. Konkret sollen folgende Ergänzungen in den Statuten vorgenommen werden: § 6 Nr. 1a) S. 1
21 des Statuts des SPD-Stadtverbandes Hannover („aus 150 in den Ortsvereinen gewählten
22 Delegierten.“): ergänze „alle zwei Jahre neu“ zwischen „in den Ortsvereinen“ und „gewählten
23 Delegierten
- 24 5. § 4 Nr. 1a S. 1 des Statuts des SPD-Unterbezirks Region Hannover („Er [der
25 Unterbezirksparteitag] setzt sich zusammen aus 200 in den Ortsvereinen gewählten
26 Delegierten.“): ergänze „jährlich neu“ zwischen „aus 200“ und „in den Ortsvereinen“
- 27 6. § 6 Abs. 1 Nr. 1 S. 4 des Organisationsstatuts des SPD-Bezirks Hannover („Die Unterbezirke
28 können in ihren Satzungen bestimmen, dass bis zu drei Viertel der nach Satz 1 zu wählenden
29 Delegierten [zum Bezirksparteitag] unmittelbar in den Ortsvereinen gewählt werden.“):
30 ergänze „und jährlich neu“ zwischen „unmittelbar“ und „in den Ortsvereinen“
- 31 7. Die Delegierten zum Landesparteitag werden zwar von den Bezirken und nicht von den
32 Ortsvereinen gewählt und findet nur alle zwei Jahre statt, dennoch sollte auch hier eine

33 Konkretisierung vorgenommen werden, um die regelmäßige Neuwahl der Delegation
34 sicherzustellen:

35 8. § 4 Abs. 2 S. 1 der Satzung und Wahlordnung des Landesverbandes Niedersachsen der
36 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands („Er [der Landesparteitag] setzt sich zusammen
37 aus den in den Bezirken gewählten 200 Delegierten und den Landesvorstandsmitgliedern.“):
38 ergänze „vor jedem Landesparteitag neu“ zwischen „in den Bezirken“ und „gewählten 200
39 Delegierten“

40 9. Bei den Jusos wird die jährliche Neuwahl der Delegation bereits jetzt so gehandhabt, ein
41 Beispiel ist in der Richtlinie für die Jusos im Bezirk Hannover zu finden: „Die Delegierten sind
42 in den Unterbezirken jedes Jahr neu und quotiert zu wählen.“ [Abs. 6 Nr. af) Grundsätze und
43 Richtlinie für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialisten
44 (Jusos) im SPD-Bezirk Hannover].

RESOLUTION (R)

R 1 – Bezahlbarer Wohnraum in der Region Hannover: Wir verbinden politische Ebenen und Initiativen für Lösungen vor Ort

<u>Antragsteller:in</u>	Unterbezirksvorstand
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Landesparteirat, SPD-Regionsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Überweisung als Material an die SPD-Regionsfraktion
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover begrüßt den Beschluss der Niedersächsischen
2 Landesregierung, eine eigene Wohnungsgesellschaft zu gründen und mit einem Startkapital von
3 100 Millionen Euro auszustatten. Damit setzt die SPD-geführte Landesregierung ein deutliches
4 Zeichen, dass das Land Niedersachsen in den kommenden Jahren einen eigenständigen Beitrag
5 gegen die anhaltende Wohnungsnot sowie für bezahlbaren Wohnraum leisten will. Gleichzeitig
6 ist die Entscheidung ein wichtiger Impuls für die Unternehmen und Beschäftigten in der
7 Bauwirtschaft.
- 8 Die SPD in der Region Hannover erkennt dabei an, dass die noch zu gründende Landesgesellschaft
9 weder kurz- noch mittelfristig allein den anhaltenden Bedarf an bezahlbaren Wohnraum wird
10 decken können. Deshalb macht es sich der Unterbezirksvorstand zur Aufgabe, mit den relevanten
11 Akteuren – wie den in der Region Hannover vertretenen SPD-Bundestagsabgeordneten, SPD-
12 Landtagsabgeordneten, den 21 kommunalen Vertretungen sowie die SPD-Regionsfraktion und
13 auf Parteebene den SPD-Stadtverband Hannover und die Ortsvereine in der Region Hannover als
14 Mittler – gemeinsam ein abgestimmtes Vorgehen aller beteiligten politischen Ebenen und
15 Akteure zu erreichen, mit dem Ziel, neuen, bezahlbaren Wohnraum, einzusetzen. Dies beinhaltet,
16 dass
- 17 ▪ die Sanierung, Um- und Ausbauten im Bestand intensiviert und unterstützt werden,
 - 18 ▪ die Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete nicht weiter in unwirtschaftlichen
19 Unterkünften erfolgen sollte,
 - 20 ▪ die Niedersächsische Bauordnung nach Möglichkeit vereinfacht und unnötige oder
21 schädliche bürokratische Hürden abgebaut werden müssen,
 - 22 ▪ serielles Bauen gefördert werden sollte, ohne Räume für soziale Infrastruktur, Naherholung
23 und Freiräume zu vernachlässigen.
- 24 Innerhalb der Region Hannover fordert die SPD die SPD-Fraktionen in Stadt- und Gemeinderäten
25 sowie die SPD-Regionsfraktion auf,
- 26 ▪ einen revolvingierenden Fonds für Sanierungs-, Aus- und Umbaumaßnahmen zur Entwicklung
27 bedarfsgerechten Wohnraums im Bestand zu errichten bzw. bestehende öffentliche

- 28 Institutionen zur Wohnraumförderung zu stärken,
- 29 ▪ auf diese Weise die Ausweisung von neuen Flächen für den Mietwohnungs- bzw.
30 Eigenheimbau mit Bedacht und Augenmaß zu fördern,
- 31 ▪ bestehende Bundes- und Landesmittel für die Unterbringung von Geflüchteten in
32 intelligente, dauerhafte Wohnungsangebote, statt teurer Übergangslösungen zu
33 ermöglichen,
- 34 ▪ die besonderen Schnittstellen zwischen Landeshauptstadt Hannover und (angrenzenden)
35 Umland-Kommunen genauer zu betrachten und so einer wachsenden Region Rechnung zu
36 tragen,
- 37 ▪ die Klimaschutzagentur der Region Hannover mit ihrer Expertise einzusetzen,
38 Bürger:innen und Stakeholdern der Wohnungswirtschaft über das klimarelevante
39 Thema Suffizienz bei der Nutzung und Bereitstellung von Wohnraum weiter zu
40 informieren und dahingehende gesellschaftliche Initiativen zu fördern,
- 41 ▪ endlich entschiedener gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum auf Basis des
42 am 5. April 2019 in Kraft getretenen „Niedersächsisches Gesetz über das Verbot der
43 Zweckentfremdung von Wohnraum“ vorzugehen,
- 44 ▪ gemäß des Kommunalwahlprogramms, öffentliche Flächen vorrangig eigenen
45 Wohnungsbaugesellschaften zur Verfügung zu stellen oder diese per Erbpacht zu
46 vergeben. Dies senkt einerseits die Baukosten für Investor:innen und bewahrt
47 andererseits die Gestaltungsmöglichkeiten des demokratischen Gemeinwesens,
- 48 ▪ zu prüfen, inwieweit gemeinnützige Vereine und Genossenschaften dahingehend
49 unterstützt werden können, Menschen, die sich wohntechnisch verkleinern
50 möchten, aber in ihrem Umfeld bleiben wollen, beim Umsetzen ihres Vorhaben zu
51 helfen.
- 52 Trotz der angespannten Lage am Wohnungsmarkt hält der SPD-Unterbezirksvorstand an den
53 klimapolitischen Grundüberlegungen für den Wohnungsbau sowie dem Klimaschutzplan der
54 Region Hannover auf dem Weg zur klimaneutralen Region bis 2035 fest.
- 55 Um diese Anstrengungen zu unterstützen, setzt sich die SPD-Regionsfraktion dafür ein, für die
56 Region ein interkommunales Wohnraumförderprogramm aufzulegen bzw. bestehende
57 Angebote auszubauen. Der Schwerpunkt liegt auf der Schaffung von Wohnraum für
58 Gering- und Durchschnittsverdiener:innen. Wohnungsgenossenschaften und gemein-
59 nützige Unternehmen sind nach Möglichkeit besonders zu fördern.
- 60 Des Weiteren ist das Vorkaufsrecht für Kommunen auszuweiten und die Enteignung und
61 Vergesellschaftung brachliegender und vor sich hin gammelter Schrottimmobilien zu
62 vereinfachen.

R 2 – Leitlinien des SPD-Unterbezirks Region Hannover zu Umwelt und Klimaschutz

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand* (AK Nachhaltigkeit), SPD-Ortsverein Misburg-Anderten

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK Annahme in der Fassung der Antragskommission

Status Angenommen in geänderter Fassung

1 Umwelt und Klimaschutz gehören zu den Themenbereichen, die ausnahmslos alle Bürger:innen
2 betreffen, weil es dabei in erheblichem Ausmaß um ihre Lebensbedingungen geht. Die SPD ist
3 keine Klientel-, sondern eine Volkspartei. Deswegen muss sie sich um Umwelt und Klimaschutz
4 kümmern, und wenn sie das tut, muss das gut sein. Sonst macht sich die Sozialdemokratie
5 unglaublich. Es ist jedoch nicht nur geboten, dies als eine Notwendigkeit zu erkennen, sondern
6 diese Aufgabe positiv anzunehmen und eine aktive, gestaltende Politik im Sinne von Umwelt und
7 Klimaschutz zu verfolgen.

8 Der Klimawandel entsteht durch die menschliche Lebens- und Wirtschaftsweise, insbesondere
9 durch den Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid, und wird sich weiter fortsetzen.
10 Anstieg der Durchschnittstemperatur, Extremwetterereignisse, im Winter Überschwemmung
11 großer Teile Niedersachsens, im Sommer Wassermangel und Dürre sind keine
12 Momentaufnahmen oder Zufallsereignisse. Auch Fauna und Flora werden dabei erheblich in
13 Mitleidenschaft gezogen. Der bisher noch moderate Anstieg des Meeresspiegels durch die
14 Schmelze des Polareises wird sich um ein Vielfaches steigern.

15 Die Anzahl der hitzebedingten Sterbefälle wird weiter zunehmen. Die Ernteaufträge werden
16 steigen. Ein wichtiges Ziel der Region Hannover ist daher das Erreichen der Klimaneutralität bis
17 zum Jahr 2035. Diese ist bilanziell zu verstehen, d.h. voraussichtlich wird es nicht möglich sein,
18 alle Treibhausgasemissionen in der Region exakt auf null zu stellen. Anzustreben ist eine
19 möglichst weitgehende Reduktion dieser Emissionen. Darüber hinaus sind zum Erreichen des
20 Klimaziels Treibhausgasspeicher zu ertüchtigen, die den verbleibenden Ausstoß kompensieren. In
21 Frage kommen dabei Klimasenken wie Wald, Moor und Boden sowie technische
22 Kohlendioxidabscheidung.

23 Klimaschutz

24 Um die Klimaziele zu erreichen und so die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, sind
25 schnelle Maßnahmen in allen Sektoren dringend geboten. Die Energiewende beginnt beim
26 Energiesparen und der Effizienzsteigerung bei der Energienutzung. Die Kapazitäten

27 fortschrittlicher Energieträger können gar nicht schnell und stark genug hochgefahren werden,
28 wenn der Energieverbrauch am Ende höher ist, als er es vorher bei der Nutzung fossiler, also
29 konventioneller, kohlenstoffbasierter Energieträger war. Dies wäre auch eine
30 Energieverschwendung, der Einhalt zu gebieten ist.

31 Deswegen ist auch die Verkehrswende keine reine Antriebswende. Dass es heute elektrifizierte,
32 extrem schwere Stadtgeländewagen gibt, die insgesamt mehr Energie verbrauchen als ihre
33 Vorgängermodelle mit Verbrennungsmotoren, erschwert und verzögert die Zielerreichung der
34 Klimaneutralität. Zur effizienteren Energienutzung muss der Umweltverbund in der Region
35 Hannover erheblich gestärkt werden, also Fuß- und Radverkehr sowie vor allem der öffentliche
36 Personennahverkehr. Dieser ist in der Region Hannover auf mehr Strecken und auf höhere
37 Taktung auszubauen, die bereits existierende, sinnvolle und in wichtigen Teilen bereits
38 umgesetzte Forderung nach dem 365-Euro-Ticket ist weiter zu verfolgen.

39 Die erneuerbaren Energien, in erster Linie Photovoltaik und Windenergie, sind die Energiequellen
40 der Zukunft. Dazu gibt es in der Region Hannover bereits Ansätze, die kurz und langfristig mit
41 größtmöglicher Anstrengung hochgefahren werden müssen. Der Einsatz eines
42 Energiezwischenspeichers wie insbesondere grüner Wasserstoff muss von der Region etabliert
43 bzw. auch revitalisiert werden, nachdem die Anschubwirkung verschiedener Maßnahmen der
44 Region in der Wirtschaft noch nicht angekommen ist.

45 Ein sehr großer Verursacher von Treibhausgasen ist der Gebäudesektor. Dort muss die
46 Wärmewende ansetzen, also die Umstellung der Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien,
47 was insbesondere auch Heizungen in Wohnhäusern angeht. Hier muss neues Vertrauen in der
48 Bevölkerung gewonnen werden. Gleichzeitig muss die Wärmewende vorangetrieben werden.
49 Hierzu können informierend die Klimaschutzagentur der Region und ansonsten die gezielte
50 Förderung von Maßnahmen durch die Region eingesetzt werden.

51 Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor betreffen auch die sogenannte graue Energie, die bei
52 der Erstellung von Neubauten verbraucht wird, beispielsweise bei der Herstellung von Beton. Mit
53 der Sanierung statt Neuerrichtung von Gebäuden kann viel graue Energie eingespart werden. Es
54 gibt bereits kombinierte Fördermaßnahmen der Region Hannover für Gebäudesanierung und
55 Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Dies muss ebenfalls ausgebaut werden. Beim Bau müssen
56 verstärkt „alternative“ Materialien verwendet werden, die einen kleineren Treibhausgas-
57 Fußabdruck haben.

58 Die Region muss auch den Einfluss, den sie auf Landwirtschaft und Abfallwirtschaft hat,
59 einsetzen, um Treibhausgasemissionen zu senken.

60 Klimafolgenanpassung

61 Auch im Fall der Einhaltung des Klimaziels 2035 der Region Hannover wird sich der Klimawandel
62 gegenüber der heutigen Situation weiter verschärfen, daher sind Maßnahmen zur
63 Klimafolgenanpassung unabdingbar. Insbesondere müssen Infrastrukturen wie Straßen und
64 Bahngleise, Anlagen der erneuerbaren Energien sowie Gebäude und Sportstätten
65 widerstandsfähig gegen extreme Hitze, Stürme und Nässe gemacht werden. Hierzu verfolgt die
66 Region bereits Ansätze, die auch im Sinne von Katastrophenschutz (etwa höhere Deiche,
67 Warnsysteme, Ausstattung von Feuerwehr und Hilfsdiensten) und Katastrophenhilfe für
68 Betroffene, ausgebaut werden müssen.

69 Politische Positionierung

70 Umwelt und Klimaschutz dürfen auf keinen Fall allein den Grünen überlassen werden! Wenn wir
71 als Sozialdemokratie dies als ein Politikfeld anerkennen, das wir selbst gestalten wollen, ist dies
72 aus einem weiteren Grund auch bitter nötig: Wir sind diejenigen, die dazu berufen sind, auf die
73 Sozialverträglichkeit zu achten, mit der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende durchgeführt
74 werden! Die ökologische Wende kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch den sozialen Fortschritt
75 beinhaltet und alle Menschen mitnimmt. Alle Veränderungen müssen sozial verträglich und
76 leistbar sein. Dabei ist auch auf die Kommunikation dieser Vorhaben zu achten!

77

78 Der SPD-Unterbezirk ruft die SPD-Regionsfraktion auf, sich für die folgenden Schritte politisch
79 einzusetzen:

- 80 1. Die Regionsverwaltung erarbeitet ein Maßnahmenprogramm zur Klimawende zunächst für
81 fünf Jahre, in denen die Mittel für Umwelt und Klimaschutz so aufskaliert werden, dass das
82 Klimaziel zu schaffen ist. An der Finanzierung sollen sich Region Hannover, Land
83 Niedersachsen, Landeshauptstadt Hannover, die 20 Städte und Gemeinden sowie die
84 Wirtschaft in der Region beteiligen (inkl. der regionalen Kreditwirtschaft).
- 85 2. Die Regionsverwaltung stellt ihre wirtschaftliche Fördertätigkeit explizit in den Dienst der
86 wirtschaftlichen Transformation, also des Aufbaus einer Klimawirtschaft in der Region. Dabei
87 sind folgende Aspekte zu beachten:
 - 88 • Fachkräfteentwicklung: Bildung, Ausbildung und Fortbildung, Qualifizierung und
89 Anwerbung von Zuwanderer:innen und potenziellen Fachkräften, auch im Bereich IT
 - 90 • Förderung ansässiger Betriebe der Klimawirtschaft Förderung von Start-Ups und
91 Ausgründungen aus dem universitären Bereich und auch aus dem nichtuniversitären
92 Bereich
 - 93 • deutliche Ausweitung des Hannover Beteiligungsfonds (HBF)

- 94 • Ansiedlung von Unternehmen der Klimawirtschaft, Zurverfügungstellung von
 95 Grundstücken, innovative Lösungen um mehr Anreize für Ansiedlungen, für die Region
 96 neue Wege gehen, Schaffung von Anreizen (Incentives)
- 97 • Bürokratische Unterstützung, Finanzierungsberatung (über Partner:innen)
- 98 • Technologieförderung durch Eigenprojekte der Region, der Städte und Gemeinden (z.B.
 99 Großwärmepumpen, Elektrolyseure, tiefe Geothermie, Plasmalyse bei aha), im eigenen
 100 Verantwortungsbereich damit vorangehen
- 101 • Unterstützung bei der Skalierung der nationalen Solarwirtschaft auf kommunaleigenen
 102 Immobilien
- 103 • Ausbau der Infrastruktur für industrielle Gase, z.B. durch Einwerben beim Land zum Bau
 104 einer Wasserstoffleitung vom Terminal in Wilhelmshaven in die Region Hannover für
 105 energieintensive Industrien und die CO2-freie Fernwärmeerzeugung bei den regionalen
 106 Versorgern und Versorgung der Enercity-Kaverne in Empelde
- 107 • Ausbau der verschiedenen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung, weiterer Ausbau der
 108 Kooperationen
- 109 • Beratung bei der Einwerbung von Fördermitteln in Kooperation mit NBank
- 110 • Massive Lobbyarbeit, auch in Kooperation mit anderen Regionen, Netzwerk gründen
- 111 • Einwerbung von Pilotprojekten von Bund, Land und EU
- 112 • Förderung von Energiegenossenschaften
- 113 • Förderung von Energiesenken wie Erhalt und Wiedervernässung von Mooren und
 114 Aufforstungsprojekten
- 115 3. Förderung von Information, Aufklärung und Beratung von Privatpersonen und Unternehmen
 116 (insbesondere durch die Klimaschutzagentur Region Hannover)

R 3 – Neugründung von Arbeitsgemeinschaften

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK Nichtbefassung

Status Nichtbefassung

- 1 Der Unterbezirksvorstand begrüßt die Neugründung von Arbeitsgemeinschaften, hier besonders
- 2 die Gründung von AG60plus, in seinem Bereich möglichst vielen Ortsvereinen, insbesondere auch
- 3 im OV Linden-Limmer.

R 4 – Migrationspakt“ beschlossen. Jetzt muss die EU einen „Pakt zur Bekämpfung der Fluchtursachen“ umsetzen

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Weiterleitung S+D-Fraktion

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Das europäische Parlament hat mit Zustimmung der deutschen MdEPs den „Migrationspakt“
2 beschlossen. Die Verschärfung der Asylpolitik und strengere Regeln für die Kontrollen an den
3 Außengrenzen sollen die ungeordnete Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten nach
4 Europa einschränken und eine gerechtere Verteilung in den Mitgliedsstaaten ermöglichen.
- 5 Die EU – und insbesondere die europäischen Sozialdemokrat:innen – müssen jetzt dafür sorgen,
6 dass die in zähen Verhandlungen erreichten Regelungen unter höchstmöglicher Einhaltung
7 humanitärer Prinzipien des Asylrechts in den 27 Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Der
8 „Migrationspakt“ kann nur ein Element der Zuwanderungs- und Migrationspolitik sein.
- 9 Angesichts von Kriegen, Krisen, Armut, Folgen des Klimawandels und allgemeiner
10 Perspektivlosigkeit für junge Menschen wird der Zuwanderungsdruck anhalten oder gar
11 zunehmen.
- 12 Der SPD-Unterbezirksparteitag fordert deshalb von dem neuen Europa-Parlament unverzüglich
13 und erfolgsorientiert die Voraussetzungen für einen „Pakt zur Bekämpfung der Fluchtursachen“
14 zu schaffen.
- 15 Die deutschen und europäischen Sozialdemokraten/-innen werben um Unterstützung:
- 16 • für eine aktive Friedensoffensive zur Beendigung und Vermeidung von Kriegen und
17 regionalen militärischen Konflikten,
 - 18 • für eine nachhaltige Strategie zur Überwindung der akuten Notlagen in den
19 Herkunftsländern von Flüchtlingen mittels eines Maßnahmenkatalogs in Abstimmung mit
20 kooperationsbereiten Regierungen,
 - 21 • für eine verlässliche Finanzierung – wie beim „Migrationspakt“ – eines Programms zur
22 Grundversorgung mit Wohnraum, Wasser, Energie und Gesundheitswesen,
 - 23 • für den Ausbau regionaler Beschäftigung in Verbindung von Bildung/Qualifizierung und
24 Investitionen,
 - 25 • in die regionale Infrastruktur als Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung.

26 Europa muss beweisen, dass es bereit ist, mit konkretem Handeln und konkreten Projekten
27 Lösungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen wirksam zu realisieren. Jetzt gilt es die Tendenzen
28 zu militärischen Lösungen zu überwinden um die Migrationsursachen zu überwinden. Dazu
29 bedarf es einer abgestimmten europäischen Außenpolitik und erfolgreicher „Best-Practice-
30 Beispiele“. Nur wenn überzeugende Zukunftsperspektiven schnell realisiert werden können,
31 werden sich viele potentielle Flüchtlinge und Migranten zum Bleiben in den Heimatländern
32 entscheiden.

SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE (SÄ)

SÄ 1 – Verantwortung teilen: Doppelvorsitz für den Unterbezirksbeirat

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

1 Der Parteitag des SPD-Unterbezirks Region Hannover ändert das Statut des Unterbezirks in der
2 Fassung vom 30. April 2022 mit Blick auf Paragraph 12 „Der Unterbezirksbeirat“ und schafft in
3 Absatz 2 neben einem Einzelvorsitz die Möglichkeit, dass sich der Beirat auch eine Doppelspitze
4 geben kann. Dazu wird Paragraph 12, Absatz 2 geändert in:

5 *„Für die Leitung der Sitzung wählt der Beirat eine bzw. einen Vorsitzenden oder zwei*
6 *gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau. Dazu beschließt der Beirat im Rahmen seiner*
7 *Konstituierung mit einfacher Mehrheit, ob eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender, oder aber zwei*
8 *gleichberechtigte Vorsitzende gewählt werden sollen. Die Wahl der Vorsitzenden erfolgt in*
9 *Einzelwahl.“*

SOZIALES (S)

S 1 – Beantragung der Förderanträge nach BuT effizienter machen

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Die Regionsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Beantragung von
- 2 Unterstützung nach BuT zu vereinfachen und effizienter zu gestalten. Lernförderanträge können
- 3 digital ausgefüllt werden und sollten dann auch so verschickt und bearbeitet werden können.

S 2 – Absicherung und Stärkung von spezialisierten Beratungsangeboten FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorders)

<u>Antragsteller:in</u>	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Landtagsfraktion, SPD-Regionsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Wir fordern die Region Hannover und Land Niedersachsen auf, dafür Sorge zu tragen, dass
- 2 Beratungsstellen, die sich in ihrem Beratungsangebot auf die Auswirkungen von Fetal Alcohol
- 3 Spectrum Disorders (FASD) für Kinder, Eltern, Lehrer:innen und Fachkräfte der Kinder- und
- 4 Jugendhilfe spezialisiert haben, durch eine institutionelle Förderung abgesichert werden.

S 3 – Abschaffung 2-Klassen-Medizin bei Terminvergaben

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Laatzen
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Bezirksparteitag
<u>Empfehlung der AK</u>	Überweisung als Material an den Unterbezirksvorstand
<u>Status</u>	Überwiesen an den Unterbezirksvorstand

- 1 Wir fordern die Einführung eines einheitlichen Systems zur Terminvergabe bei Fachärzten.

S 4 – Freiwilliges Soziales Jahr in Politik in den Parteien ermöglichen

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Hemmingen
<u>Weiterleitung</u>	Bundesparteitag, Bezirksparteitag
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme
<u>Status</u>	Angenommen

- 1 Junge Menschen haben die Möglichkeit nach der Schule ein Freiwilliges Soziales Jahr („FSJ“)
2 durchzuführen. Ein Freiwilligendienst ermöglicht den jungen Menschen, sich praktisch zu
3 engagieren, neue Seiten und Talente zu entdecken. In Niedersachsen besteht sogar die
4 Möglichkeit ein Freiwilliges Soziales Jahr im Bereich Politik durchzuführen. Jedoch können die
5 jungen Menschen ihr FSJ aktuell nur bei einer größeren Fraktion (z.B. Landtagsfraktion oder
6 Regionsfraktion) oder bei einem Bundestagsabgeordneten durchführen. In der Zukunft ist zudem
7 geplant, ein FSJ-Politik bei einem Landtagsabgeordneten zu führen. Gerade in kleineren,
8 eigenständigen Kommunen spielen die Parteien eine wichtige Rolle, daher fordern wir:
- 9 • ein freiwilliges soziales Jahr in Politik soll auch in den Parteien ermöglicht werden,
 - 10 • das Parteiengesetz soll so angepasst werden, dass diese Option genutzt werden kann,
 - 11 • ein freiwilliges soziales Jahr darf nicht unter einer möglichen, illegalen Parteienfinanzierung
12 ausgespielt werden. Ziel muss es sein, junge Menschen die Parteien kennenlernen zu lassen.

S 5 – Energiekostenausgleich für Rentner:innen

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Weiterleitung Bundesparteitag

Empfehlung der AK Ablehnung

Status Zurückgezogen

- 1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover schließt sich der Forderung der Arbeitsgemeinschaft 60
- 2 plus an und fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich nach der einmaligen
- 3 Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro brutto in 2022 (25 Euro pro Monat) eine
- 4 Energiekosten- und Inflationsausgleichspauschale für alle Rentenbezieher:innen in Höhe von 30
- 5 bis 80 Euro pro Monat (360 Euro bis 960 Euro pro Jahr) einzusetzen.

- 6 Die Energiekosten- und Inflationsausgleichspauschale soll sich dabei gestaffelt an der Höhe der
- 7 Renten orientieren – bei Renten auf dem Niveau des soziokulturellen Existenzminimums 80 Euro
- 8 pro Monat, bei Renten oberhalb der Eckrente (Standardrente) 30 Euro pro Monat. Beim Bezug von
- 9 Bürgergeld darf die Energiekosten- und Inflationsausgleichspauschale nicht auf das Bürgergeld
- 10 angerechnet werden.

- 11 Die Finanzierung dieses Vorschlags erfolgt aus der Besteuerung der Windfall-Profits
- 12 (Zufallsgewinn) der Rüstungs- und Energiekonzerne, die maßgeblich für die steigende Inflation
- 13 verantwortlich sind.

- 14 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf innerhalb der
- 15 Koalition einzubringen und alle SPD-Abgeordneten des Deutschen Bundestags, sich für diese
- 16 Forderung einzusetzen.

S 6 – Automatische Auszahlung von BuT-Leistungen

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Regionsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme
<u>Status</u>	Angenommen

- 1 Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes sollen automatisch ausgezahlt werden und der
- 2 Zugang insgesamt niedrigschwelliger gestaltet werden. Dafür müssen die Formulare in leicht
- 3 verständlicher Sprache formuliert sein und es muss begleitende Erklärungsmaterialien in
- 4 verschiedenen Sprachen geben. Auch die Unterstützung beim Ausfüllen durch
- 5 Sozialarbeiter:innen halten wir für sehr sinnvoll.

S 7 – Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Fraktionen in der Region Hannover
<u>Empfehlung der AK</u>	Nichtbefassung
<u>Status</u>	Nichtbefassung

- 1 Wir fordern die SPD-Fraktionen in allen Stadträten in der Region Hannover dazu auf, sich für den
- 2 Schutz und die finanzielle Sicherung von sozialen Projekten, insbesondere für Kinder- und
- 3 Jugendliche, einzusetzen. So darf für keinen Haushaltsentwurf gestimmt werden, der für solche
- 4 Projekte Einsparungen vorsieht.

- 5 Selbes gilt für Nachtragshaushalte und Haushaltssicherungskonzepte. Wir fordern einen
- 6 Bestandschutz für soziale Projekte. So müssen jegliche finanziellen Leistungen bzw. Bezüge an
- 7 soziale Einrichtungen und soziale Projekte, sowohl städtischer als auch freier Träger, in den
- 8 Haushalten mindestens auf dem Niveau des Vorjahres fortbestehen.

- 9 Die Beträge dürfen den Wert aus dem Vorjahr nicht unterschreiten, wobei ein jährlicher
- 10 Inflationsausgleich anzuwenden ist. Diese Bestandschutz darf nur ausgenommen werden, wenn
- 11 eine Einrichtung bzw. ein Träger dies wünscht, rechtliche Verfehlungen in der Einrichtung bzw.
- 12 beim Träger vorliegen oder in der Einrichtung bzw. beim Träger gegen freiheitliche demokratische
- 13 Grundwerte gehandelt wird.

VERKEHR (V)

V 1 – Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung Bundesparteitag

Empfehlung der AK Ablehnung

Status Abgelehnt

- 1 Auf die im Bundesverkehrswegeplan für die Region Hannover vorgesehenen vierstreifigen
- 2 Ausbauten der Autobahnen A2 und A7 soll verzichtet werden. Stattdessen soll der Ausbau des
- 3 Schienenverkehrs stärker gefördert werden, der zu Abnahme des Kfz-Verkehrs führen
- 4 wird.^[1]Sollten die für den Ausbau von A2 und A7 in der Region Hannover vorgesehenen Mittel im
- 5 Bundesverkehrswegeplan nur für den Ausbau von Bundesautobahnen verwendet werden
- 6 können, so soll aus diesen Mitteln der dreistreifige Ausbau der A7 zwischen Bad Fallingbommel und
- 7 Soltau-Ost finanziert werden.

V 2 – Umgehendes Abschleppen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge („Schrottautos“) und Krafträder

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel
<u>Weiterleitung</u>	Landesparteirat, SPD-Regionsfraktion
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Die Region Hannover ersucht das Land Niedersachsen, eine Rechtsvorschrift zu erlassen, die das
- 2 umgehende Abschleppen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge und Krafträder aus dem öffentlichen
- 3 Raum und deren Verwahrung ermöglicht.

V 3 – Stadtbahnlinie nach Garbsen Mitte

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Wir fordern, Garbsen Mitte und insbesondere den Campus Maschinenbau Garbsen direkt an das
- 2 Straßenbahnnetz anzubinden.

V 4 – Nahverkehr: Ringlinie für die äußeren Stadtteile der LHH

<u>Antragsteller:in</u>	SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand
<u>Empfehlung der AK</u>	Annahme in der Fassung der Antragskommission
<u>Status</u>	Angenommen in geänderter Fassung

- 1 Der Öffentliche Nahverkehr innerhalb der Landeshauptstadt Hannovers soll dadurch gestärkt
- 2 werden, dass entsprechend des inneren Busringes für die äußeren Stadtteile ein zweiter, ggf. in
- 3 sich unterteilter Ring geschaffen wird, der es ermöglicht,
- 4 • die Stadtteile entlang der Stadtgrenze zu erreichen, ohne durch die Innenstadt fahren zu
- 5 müssen.

V 5 – Hochfrequentes autonomes Fahren in der Zukunft

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Status Angenommen in geänderter Fassung

Empfehlung der AK Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die SPD im Unterbezirk wirkt darauf hin, langfristig eine selbstfahrende schienengebundene
- 2 üstra-Linie zu etablieren.

ÄNDERUNGSANTRÄGE (Ä)

Ä 1 – Änderungsantrag zu AP-1:

Arbeitsprogramm 2.0

Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei

Antragsteller:in Jusus Region Hannover

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Streiche in Zeilen 51 bis 54:
- 2 Die Ansprache gerade junger Neumitglieder (Stichwort: 10 unter 20) soll im Unterbezirk unter
- 3 Schulterchluss mit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist:innen verstärkt werden. Angeregt
- 4 wird deswegen eine regionsweite Kampagne „100 unter 35“.

Ä 2 – Änderungsantrag zu BA-6: Leerstand bekämpfen!

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK Annahme

Status Angenommen

- 1 Ändere Weiterleitung in:
- 2 Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 3 Ändere Satz 1 des Antrages, Zeilen 1 bis 2, zu:
- 4 Neu: Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die
- 5 Eigentümer:innen von Immobilien zur Nutzung ihres Eigentums durch Vermietung bzw.
- 6 Eigennutzung verpflichtet.

Ä 3 – Änderungsantrag zu IS-1:

Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient
weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie
aufstellen!

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK Ablehnung

Status Abgelehnt

- 1 Ändere in Zeile 11/12
- 2 „[...] dem Sachmittelletat der Polizei“ zu
- 3 Neu: „[...] dem Staatshaushalt“.

Ä 4 – Änderungsantrag zu S-7:

Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit

<u>Antragsteller:in</u>	Jusos Region Hannover
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Fraktionen in der Region Hannover
<u>Empfehlung der AK</u>	Ablehnung
<u>Status</u>	Abgelehnt

- 1 Ändere Weiterleitung in:
- 2 SPD-Regionsfraktion
- 3 Ändere Zeile 1:
- 4 „[...] die SPD-Fraktionen in allen Stadträten der Region Hannover“ zu
- 5 Neu: „die SPD-Regionsfraktion“

Ä 5 – Änderungsantrag zu V-1

Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan

<u>Antragsteller:in</u>	SPD Frauen
<u>Weiterleitung</u>	SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand
<u>Empfehlung der AK</u>	Erledigt durch Beschlusslage
<u>Status</u>	Erledigt

- 1 Die Zeilen 1 bis 7 sind zu ersetzen durch:
- 2 Die im Bundesverkehrswegeplan für die Region Hannover vorgesehenen Ausbauten auf acht
- 3 Fahrstreifen der Bundesautobahnen A2 und A7 sollen vermieden werden.
- 4 Die politische Schwerpunktsetzung soll stattdessen – wie explizit im Koalitionsvertrag vereinbart
- 5 und im Verkehrsentwicklungsplan 2035+ mit breiter Mehrheit in der Region Hannover
- 6 beschlossen – nachdrücklich auf dem Erhalt und der Sanierung im Bestand, den Ausbau und die
- 7 Reaktivierung des Schienenverkehrs und einer Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans auf
- 8 der Basis aktueller Daten und daraus abgeleiteter Kriterien gelegt werden.
- 9 Diese Position wird von den Regionsgremien gegenüber Region, Land und Bund vertreten.